

TATblatt

MINUS 24 NUMMER

(25/92)

30. SEPTEMBER 1992

PREIS: öS 15,—

Aufbruch in Italien !

Für die Selbstorganisation der ArbeiterInnen

In diesem Herbst sollen in Italien wesentliche Verschlechterungen gegen die ArbeiterInnen und die arme Bevölkerung durchgesetzt werden, Folge der in Maastricht vereinbarten Umstrukturierungen und der wirtschaftlichen Situation Ita-

liens. Die Werktätigen werden das nicht so ohne weiteres akzeptieren: Ihre Antwort sind Demonstrationen, Streiks, Blockaden, selbstorganisierter Kampf.
(Seite 5)

Außerdem in diesem TATblatt

Dr. Georg Gasser:
Von der „Aktion
Neue Rechte“ (ANR)
zur „Döblinger
Initiative
Autofahrer-Rechte“
(DIAR) Seite 3

**Materialien zu
Rostock, Teil 2**
Seite 7

**Rechnitz: Kritik am
Widerstandscamp
gegen
Flüchtlingsjagd**
Seite 20

**USA: Ermordung
einer Aktivistin**
Seite 21

und vieles andere



Foto: il manifesto, Roma

500 Jahre Widerstand gegen Kolonialismus

(Tanz-, Musik-, Theater-) **DEMO:**
12. Oktober, 16 Uhr; Treffpunkt: Wien, Votivpark
(und von dort über Ballhausplatz, Stephansplatz,
Schwedenplatz zum Wirtschaftsministerium)

FEST: 9. Oktober, 19 Uhr; Wien 16, Pfarrsaal
Akkonplatz (auf der Schmelz)

EG-Kritik von rechts

(EKG/ein Antifa)

In letzter Zeit mehren sich die Postwurfsendungen "An einen Haushalt", in denen bekannte Größen der österreichischen Rechten bzw. Neonaziszene ihre Publikationen zum Thema EG bewerben. "Warnung vor Europa" heißt z.B. das Machwerk, das von der "Kritischen Studenten-Zeitung" unter "das Volk" gebracht werden soll. Auf der Werbepostkarte werden Aussagen von namhaften PolitikerInnen zitiert, die nur den Ewiggestrigen Probleme bereiten: "Nach der Herstellung des Binnenmarktes 1992 werden die Ausländer, gemäß der im Rahmen der EG-Politik gewollten westeuropäischen Völkermischung und des damit verbundenen Kulturwandels, mit den gleichen rechten bei uns leben wie wir selbst." (Hans Arnold, ehemaliger bundesdeutscher US-Botschafter; die Hervorhebungen erfolgten durch die "Kritische Studenten-Zeitung"). Am Schluß heißt es da: "Bitte geben Sie diese Bestellkarte auch an interessierte Freunde und Bekannte weiter!" Machen wir doch glatt - die Adressen der braunen Maulhelden ist: Kritische Studenten Zeitung, Postfach 450, 1071

ein Antifa dazu:

Wer zufällig in die Gegend kommt und die Bestellkarte bei sich hat oder kein Geld für das teure Porto ausgeben will oder das Buch direkt kaufen will oder mit den "Kritischen Studenten" reden usw. will, kann aber auch direkt im Büro der "Kritischen Studenten-Zeitung" vorbei schauen: Neubaugasse 17-19, 1070 Wien, etwas schwierig zu finden doch wer sucht der findet.

Eigentlich wollte ich eh schon länger über die oben genannte Zeitung und deren Bücher etwas schreiben, doch leider muß ich hackeln (viel) und bin bis jetzt noch nicht dazugekommen.

Im "Kritischen" EG-Buch werden auch Artikel einiger linker (?) Zeitungen wie TATblatt, EKG, Föhn und Salto als Quellenangabe benutzt und die genauen Adressen dieser Zeitungen sowie eine "politische Einstufung" erwähnt. Eigentlich klar warum.

Die Gruppe rund um die "Kritische Studenten Zeitung" ist die in Österreich einig

bekannteste rechte Gruppe die sich auf Ideologie der "Neuen Rechten" bezieht. (siehe dazu Artikel im Tb - 27) Im Vorstand saß lange Jahre das ehemalige ANR (Aktion Neue Rechte)-Mitglied PETER FRANK. Weiterers aktiv waren bzw. sind folgende "kritische Studenten": Dr. Maria Seikel,

Dr. Claudia Berg, Dipl. Ing. Konrad Zedlitzka, Gerhard Mesker.

Die Gruppe rund um die "Kritische Studenten Zeitung" plant noch heuer ein weiteres Buch herauszugeben, in diesem Buch soll auch eine Liste aller "inländerfeindlichen" Personen und Organisationen erscheinen.

Wohnungsnot — noch immer aktuell

Nicht nur die aktuelle Situation am Wohnungsmarkt, sondern auch die vielgepriesene Wohnrechtsreform, von der anzunehmen ist, daß sie ziemlich bald von den Koalitionsparteien abgesegnet wird, schaffen neuen Handlungsbedarf. Die "Überparteiliche Plattform gegen die neue Wohnungsnot" wird wieder aktiv.

(TATblatt-Wien)

Eine genaue Auseinandersetzung mit der geplanten Reform und damit, was das ganze im Klartext für uns heißen wird, wer-

Betroffenen und MieterInnenvertretung, Öffentlichkeitsarbeit und eine (hoffentlich große) Kundgebung stattfinden.

Bereits angelaufen ist eine Postkarten- und Pickerlaktion: Die Postkarten mit der Forderung nach einer sozialen Wohnungspolitik (mit folgenden klaren Detailforderungen:

- Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen (max. 35.- für Kat. A)
- Keine Umgehung von Hauptmieten durch Befristungen und Scheinuntermieten
- Strenge Strafen für ungesetzliche Ablösen
- Kein Eingriff in bestehende Mietverträge
- Echter sozialer Wohnbau) sollen vorzugsweise an die Parlamentsparteien geschickt werden, der Phantasie seien aber keine Grenzen gesetzt.

Die Pickerl mit der gleichen überbegrifflichen Forderung sollen wohl überall präsent sein und die Menschen einerseits erinnern und andererseits animieren, selbst aktiv zu werden.

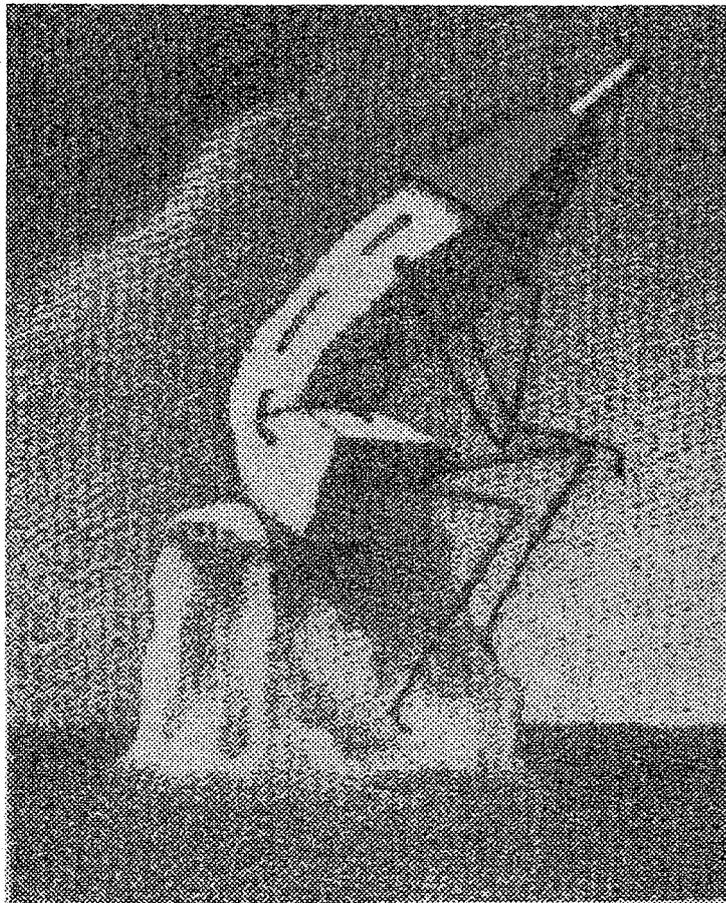
Beides ist im Büro der Plattform erhältlich:

Plattform gegen die neue Wohnungsnot

Nestroyplatz 1/20a, 1020 Wien

Tel: 0222/216 28 07

(Mo, Di, Do 8.00-12.00, Fr 14.00-18.00)



den wir in einem der nächsten TATblätter bringen. Inzwischen nur so viel: Die "Überparteiliche Plattform gegen die neue Wohnungsnot" trifft sich wieder regelmäßig und hat auch schon konkrete Ideen für herbstliche Aktivitäten. So sollen zB Informations-/Diskussionsveranstaltungen mit Politikern,

Für alle, die endlich auch aktiv werden wollen:

Regelmäßige Treffen:

Di, 19.00 Uhr beim "Wirt im Eck" (1020, Praterstr. 22)

Dr. Georg Gasser: Von der Aktion Neue Rechte (ANR) zur Döblinger Initiative Autofahrer-Rechte (DIAR)

Obwohl schon im TATblatt -28 ein Artikel über die DIAR und andere AutofahrerInnenparteien erschien, haben wir uns sofort entschlossen den folgenden Artikel abzudrucken, da er viele neue Facts und Infos in sich birgt.

(NO-DIAR)

1977: Am 4.3. 1977 eröffnete die faschistische ANR ihre ÖH-Wahlkampagne, zeitgleich wurde das Auftreten der ANR-Faschisten immer aggressiver:

- Fast täglich zogen ANR-Banden - "geschmückt" mit Naziabzeichen, bewaffnet mit Stahlhelmen, Gaspistolen, Messern und Schlagwerkzeugen - um und durch die Universität.
- StudentInnen wurden angepöbelt ("rote Judensau" usw.).
- Ausländische StudentInnen wurden tätlich angegriffen.
- Bücherstände und AktivistInnen verschiedener Organisationen wurden attackiert.

Jeden Mittwoch besetzten sie die Universitätsrampe, unterstützt durch den traditionellen Stehkonvent rechtsextremer schlagender Burschenschaften (sowas gibts heute noch), sie machten es für AntifaschistInnen und Linke-AktivistInnen unmöglich die Universität zu betreten.

Am 30.4. 1977 war das Maß für viele AntifaschistInnen voll. AntifaschistInnen kamen von der ganzen Wiener Universität zur Rampe um an jenen Mittwoch den "braunen Spuk" zu vertreiben.

Plötzlich wurde geschossen.

ANR-Faschisten schossen gezielt mit Gaspistolen auf AntifaschistInnen. Nach einigen Schreckenssekunden, stürzten die AntifaschistInnen auf die Faschisten los und es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung, bei der die Faschisten arg in Bedrängnis kamen.

15 Minuten nach den Schüssen kam die Polizei, und nahm eindeutig Stellung. Von den Faschisten als Reiter in höchster Not begrüßt, drängten Polizeiketten die AntifaschistInnen von der Rampe. Danach kam es zu zwei Festnahmen: Wolfgang, ein Antifaschist, wurde willkürlich aus der Menge gegriffen und von der Polizei in Handschellen abgeführt.

Der faschistische Gaspistolenschütze GEORG GASSER, eine seiner Parolen war: "Tod den Kommunisten", wurde von zwei Beamten zum Polizeiauto begleitet und war einige Stunden später wieder frei. Wolfgang blieb noch etliche Tage in U-Haft, nachdem ein ANR-Faschist als Zeuge der Anklage gegen ihn aussagte.

Am 1.4. 1977 versammelten sich erneut AntifaschistInnen vor der Universitätsrampe um für die sofortige Freilassung von Wolfgang zu demonstrieren. Erneut kam es dabei zu Provokationen der ANR-Faschisten. Sie hatten sich hinter Barrikaden ver-

schanzt. Mit Helmen und Knüppeln bedrohten sie StudentInnen, die die Universität betreten wollten. Als nach über einer Stunde Polizisten in größerer Menge auftauchten, verzogen sich die ANR-Faschisten.

Das Verfahren gegen den Antifaschisten Wolfgang wurde nach widersprüchlichen Aussagen der Faschisten eingestellt.

1992, Jahre nach dem behördlichen Verbot der ANR wegen NS-Wiederbetätigung, ist der Gaspistolenschütze GEORG GASSER wieder aktiv.

Der inzwischen promovierte Historiker und von Beruf Hausverwalter, Dr. GEORG GASSER gründete die "DÖBLINGER INITIATIVE AUTOFAHRER-RECHTE (DIAR)".

Eigendefinition: "junge, parteiunabhängige Bürgerinitiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, im Großraum Wien die schikanösen Maßnahmen gegen den Individualverkehr abzuwehren"

Ein Hauptziel ist, laut einer Aussendung die "Terroraktionen der sozialistischen Stadtverwaltung und ihres ökobolschewistischen Anhängsels (außen grün und innen dunkelrot) gegen den motorisierten Individualverkehr zu verhindern".

Und dieses Hauptziel bringt scheint's Publicity, so erschienen in einigen Wienern Bezirkszeitungen und auch im Motorjournal der KRONEN ZEITUNG Artikel welche besonders positiv über die DIAR und ihren Kampf für die "armen Autofahrer" berichteten. (siehe Faximile der Oktober Ausgabe der Favoriten BZ 10/92).

So ganz "parteiunabhängig" ist die DIAR aber auch nicht, so schrieb Dr. GEORG GASSER in einem LeserInnenbrief an die NFZ 26/1992 (Neue Freie

Zeitung; =FPÖ Parteizeitung): "Meine Freunde und ich — allesamt FPÖ-Mitglieder oder Sympathisanten (=Wähler) waren zutiefst empört über Herrn Frischenschlagers Allianz mit den roten und grünen Marxisten."

Überhaupt schreibt scheint's Dr. GEORG GASSER gerne LeserInnenbriefe. So auch an die KRONEN ZEITUNG bzw. dem Tiefseetaucher Nimmerrichter alias Staberl, als dieser seine Holocaust Betrachtungen ("Martyrer-Saga der so barbarisch vergasteten Opfer Hitlers.") in seiner Kolumne zu besten gab. Dr. GEORG GASSER schrieb ihm dazu: "Aufmerksam habe ich das Theater rund um ihre Aussagen mitverfolgt, dabei bin ich weiter in meinem Glauben bestärkt worden, daß unser Regime sich und seine diktatorischen Methoden hinter einer zweifelhaften 'Vergangenheitsbewältigung' versteckt; das Dritte Reich von einst wird benötigt, um die heutigen Mißstände sichtbar zu machen."

Am Mittwoch den 7.10., 19.30 h plant die DIAR "die Hauptaktion dieses Herbstes" eine Großveranstaltung im HOTEL REGINA, ROOSEVELTPLATZ 15, 1090 WIEN, gegen Parkpickerl und generelles Tempo 30.

Wer hingehen will, ist dazu "herzlichst" eingeladen, denn wie mensch auf der Einladung zu dieser Veranstaltung lesen kann: "Man wird sehen, ob unsere Gegner diese Gelegenheit wahrnehmen und die Herausforderung annehmen. Wir erwarten uns durch die Vielzahl von Meinungen der Diskussionsteilnehmer einen spannenden und aufschlußreichen Abend."

Übrigens im HOTEL REGINA gab es schon des öfteren Veranstaltungen rechtsextremer Gruppen. Für einen spannenden Abend!

Ausschnitt aus Bezirkszeitung Favoriten 10/92

Freie Fahrt für freie Bürger

fordern Dr. Georg Gasser und sein Gesinnungsfreund Rudolf Hammer. Die beiden gründeten vor einigen Monaten die Döblinger Initiative Autofahrer-Rechte (DIAR), weil sie der Meinung sind, daß Österreichs Autofahrer nicht länger die Prügelknaben der Nation sein dürfen.

Mitplanen, mitgestalten und mitentscheiden wollen die beiden als Vertreter der Autofahrer bei Verkehrsüberlegungen, die nicht länger ausschließlich zu Lasten der Lenkraddreher gehen dürfen. Denn schließlich darf der Lebensraum der Autos nicht mutwillig eingeengt werden, vor allem auch deshalb, weil Autobesitzer vom Staat in mehrfacher Hinsicht zur Kasse gebeten werden (die Bezirkszeitung berichtete in ihrer

Ausgabe 5/92 ausführlich darüber). Aufgrund des Berichtes meldeten sich spontan zahlreiche Autofahrer, die bei der Interessensgemeinschaft mitarbeiten möchten (interessierte können sich mit der Initiative über das Postfach 30, 1194 Wien, in Verbindung setzen).

Am 7. Oktober findet um 19.30 Uhr im Hotel Regina im 9. Bezirk (gegenüber dem Votivklo) eine Diskussionsveranstaltung statt, zu der Dr. Gasser und Rudolf Hammer einladen. Das Thema: „Gegen Parkpickerl und Laserpistolen“. Eingeladen wurden natürlich auch Verkehrsexperten und zuständige Stadt- und Bezirkspolitiker, die aber ihr Kommen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht zugesagt haben.



Sorgen sich um den „Lebensraum“ der Kraftfahrzeuge: Dr. Georg Gasser und sein Gesinnungsfreund Rudolf Hammer von der DIAR.

RechtsextremistInnen mögen keine LinksextremistInnen

oder

Was RechtsextremistInnen über die Linke Szene wissen

(einige Antifagruppen)

„Jetzt schnüffeln einmal wir - zur Abwechslung. Wir wollen aus unseren Archiven am Beispiel der Wiener Universität zeigen, was sich da so alles an Linkem und Linksextremistischem tut. Und die Genossen, die sich jetzt zwar schwer tun, den Untergang des real existierenden Sozialismus zu erklären, sind allemal da und auch ganz schön aktiv. Nun, wenn wir uns schon so tief hinuntergeben haben zu schnüffeln, dann wollen wir wenigstens so fair sein, daß wir bei all den erwähnten Gruppen nicht die Namen ihrer Macher nennen. Denn deswegen, weil jemand zu seiner Gesinnung steht, die wir halt nicht mögen, deswegen machen wir keinem einen persönlichen Vorwurf, der soll auch nicht an den Pranger gestellt werden.“ (aus Identität 2/92 der AULA Jugend)

In der vergangenen Woche erschienen die neueste Ausgabe der rechtsextremen Zeitung IDENTITÄT, neben einem Aufruf das rassistische Volksbegehren „Österreicher für Österreich“ zu unterstützen, wird auch über die „linke Szene in Wien“ und über „Revolutionschreiber - linke Medienlandschaft“ berichtet.

Und diese beiden Artikel haben es in sich. Zwar wurden „nur“ Flugblätter, Zeitungen usw. versch. linker Gruppen von den rechtsextremen „SchnüfflerInnen“ ausgewertet, doch Adressen und Fotos ergänzen die Artikel.

Beim ersten Artikel, jenen über die „linke Szene in Wien“ haben es sich die rechtsextremen „SchnüfflerInnen“ ziemlich leicht gemacht, denn sie haben einen Teil einfach aus einer anderen rechtsextremen Zeitung abgeschrieben. Bei dieser anderen Zeitung handelt es sich um die von der Partei „Kritische Demokraten“ herausgegebenen Zeitung FAKTEN 15/92. Tragender „kritischer Demokrat“ ist einer der ehemaligen Spitzenkandidaten der zur letzten Nationalratswahl nicht zugelassenen neonazistischen Wahlliste „Nein zur Ausländerflut (NA)“ - HORST JAKOB ROSENKRANZ. Weiter Kandidaten der NA neben ROSENKRANZ waren die „Gaskammerleugner“ und Köpfe der heimischen Rechtsextremistenszene GERD HONSIK und FRANZ RADL.

In diesem Artikel wird über die Verbindungen: Fidel Castro und Peter Pitz; Revolutionsbräuhaus und RAF, Stasi, Hamburger Hafenstraße, Grüne und OpernballdemonstrantInnen usw. teils sehr „amüsant“ und sehr falsch berichtet.

Der Artikel legt aber sein Hauptaugenmerk auf versch. Gruppen und ihre Arbeit die an der Wiener UNI tätig sind (von SJ, VSSTÖ bis hin zu versch. Basisgruppen). Die rechtsextremen „SchnüfflerInnen“ er-

gänzten großteils den Artikel mit Fotos z.B. vom FLEX und einigen SJ-AktivistInnen sowie Adressen z.B. Revolutionsbräuhaus, Club International und der Postfachadresse der INL (Initiative Neue Linke), letztere ist den rechtsextremen „SchnüfflerInnen“ sehr rätselhaft, wird sie doch von linken Gruppen bekämpft und als Faschisten beschimpft. Doch das Wort „Linke“ reicht ihnen aus, um sie als Linke zu erkennen und somit sind auch sie es Wert „beschnüffelt“ zu werden.

Auf die nötige Portion Sexismus haben die rechtsextremen „Schnüffler“ natürlich auch nicht vergessen, so kann mensch im Bezug auf den KSV folgendes lesen: „Auffallend ist, daß beim KSV besonders viele Emanzen tätig sind, die teilweise in ihrer Art an sowjetische Fintenweiber erinnern.“

Was mensch im zweiten Artikel „Revolutionschreiber - Linke Medienlandschaft“ erwartet soll jener Text zeigen, der über das TATblatt von den rechtsextremen „SchnüfflerInnen“ geschrieben wurde. (siehe dazu Faxismile)

„Beschnüffelt“ werden auch Zeitungen die besonders „den Aufstieg“ JÖRG HAIDERS „mit allen Mitteln“ zu verhindern versuchen. (Falter, Standard, Profil, Salto)

Doch auch „militante Inländerfeinde“ (RKL), „Rote Räte-Revolutzer“ (AST) und „serbisch dominierte Trotzlisten“ (Vorwärts SJerInnen), die „Kleine aber oho“ (MLPÖ) sowie die AKS-OÖ und die KPÖ wurden „beschnüffelt“. Natürlich wurden auch türkisch/kurdische Gruppen, das EKH, das SPK, und die Chuzpe und einige andere Gruppen nicht vergessen.

Alles von den rechtsextremen „SchnüfflerInnen“, soweit es möglich war, mit Adressen ausgestattet. Am Ende des Artikels wird über das „verpöbeln öffentlicher Gelder“ am Beispiel des am 17.7.92 (ein Jahr vorher lobte HAIDER die Beschäftigungspolitik des 3. Reiches) abgehaltenen „Konzertes für Österreich“ ausgelassen.

Herausgegeben wird die IDENTITÄT von der AULA-Verlag Ges.m.b.H., 8010 Graz, Merangasse 13.

Die AULA-Verlags Ges.m.b.H., wird von der „Arbeitsgemeinschaft Freiheitlicher Akademikerverbände Österreichs/FAVÖ“ getragen. Hauptaugenmerk richte sich auf

ideologisch-kulturelle Arbeit und erfüllt damit eine wichtige integrative Funktion im rechtsextremen Lager. Die Schreibweise der von ihr ebenfalls herausgegebenen Zeitung „AULA“ zeigt starke rechtsextreme Tendenzen. In der AULA schreibt neben „Umvölker“ ANDREAS MÖLZER, dem ewig rechten („auch in der NSDAP“) und Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreichs Dr. OTTO SCRINCI auch JÜRGEN HATZENBICHLER. Und jener HATZENBICHLER ist es der die Redaktion der IDENTITÄT, laut Impressum verkörpert. Dieser war stellvertretender Führer von HONIKS Neonazigruppe „Nationale Front (NF)“ in Kärnten, verbreitete die antisemitischen, rassistischen, gaskammerleugnenden Zeitungen SIEG und HALT und nahm an Wehrsportübungen teil. Weiters ist er in den Redaktionen der FPÖ Zeitung „Kärntner Nachrichten“ und der deutschen rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“ tätig. Weiters stand er auf der Postadressenliste des im Vorjahr in Folge der Immunschwäche AIDS verstorbenen Faschistenführer MICHAEL KÜHNEN. Das HATZENBICHLER bei einer schlagenden, rechtsextremen Burschenschaft Mitglied ist, versteht sich fast von selbst.

Über dem Impressum IDENTITÄT steht auch die Adresse der „Freiheitlichen Studenteninitiative (FSI), 1080 Wien, Loidoltgasse 4/16, Tel. und Fax. 0222/40 80 702, ob sie ihre Archive geöffnet und geschnüffelt hat ??? Die FSI steht am Boden der freiheitlichen Weltanschauung, wie sie auch durch das Parteiprogramm der FPÖ beschrieben wird. Organisatorisch ist die FSI aber keine Organisation der FPÖ.

Szene kaum bekannt, in diesem Zusammenhang aber durchaus erwähnenswert sind.

Das „TATblatt“ richtet sich an die gewaltbereite linksradikale Anarchistenszene. Sie wird von einem Verein „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“, der in der Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien sein soll, produziert, der sich jeden Donnerstag um 19 Uhr trifft. Österreichweite Kontaktadressen des TATblatt-Kollektivs sind: Kastelfeldgasse 34/16, 8010 Graz, Pfarrgasse 34/16, 4020 Linz und in Innsbruck trifft man sich jeden Mittwoch nach Erscheinen des „selbstverwalteten Informations- und Diskussionsorgans“ im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Universität Innsbruck (Professor für Politikwissenschaften in Innsbruck ist Anton Pelinka!). Laut eigener Definition entsprechen sie keineswegs irgendeinem Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgebot und jeder, der sich von den vielen Rechtschreibfehlern, den widersprüchlichen Meinungen, dem miesen Layout und der miserablen Bildwiedergabe nicht abschrecken läßt, sei herzlich dazu eingeladen, an diesem „unabhängigem, linken Zeitungsprojekt“ mitzuarbeiten.

Zum Abschluß ein „Scherzchen“ der rechtsextremen „SchnüfflerInnen“: Antifa - (Feinde der Seifenmarke FA?).

Aufbruch in Italien!

Für die Selbstorganisierung der ArbeiterInnen

(TATblatt-Wien, ECN Padova, manifesto)

Am 31. Juli 1992 gaben die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL der Regierung und den Unternehmern ihre Zustimmung zu einem antisozialen Maßnahmenpaket, ohne auf die lautstarken Proteste der ArbeiterInnen zu achten.

Diese Zustimmung war der Anfang. Nach diesem Ausdruck der Loyalität haben die Gewerkschaften Regelungen akzeptiert, die einen faktischen Raub an den Werktätigen und PensionistInnen bedeutet und einen definitiven Abbau des Sozialstaates:

- die Abschaffung der "scala mobile", der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation;
- die Erhöhung des Pensionsalters und die Berechnung der Pension über die gesamte Beitragsdauer;
- die Blockierung von Pensionierungen vor Erreichen des Pensionsalters über das ganze Jahr 1993;
- einen Einstellungsstopp für öffentliche Bedienstete;
- die Aussetzung der Lohnverhandlungen für 1993;
- die Einschränkung des Streikrechts;
- Familien, deren Jahreseinkommen umgerechnet 400.000 ÖS übersteigt, müssen Arzt- und Arzneikosten selbst tragen;
- genereller Abbau sämtlicher Steuererleichterungen, von denen allerdings Unternehmen "von Qualität und Relevanz" ausgenommen werden können;
- und einiges mehr.

Die "Finanziaria '93" (Budgetentwurf für 1993) und weitere politisch-ökonomische Manöver bedeuten zunehmende Arbeitslosigkeit und Kündigungen, Menschen würden mehr arbeiten und mehr Leistung bringen müssen und elendige Pensionen bekommen. Gesundheitsvorsorge, Wohnung, Schule, öffentlicher Verkehr und öffentliche Dienste würden Luxus und nicht selbstverständliche Rechte der ArbeiterInnen. Gleichzeitig gibt es keine Steuer auf Immobilien- und Finanztransaktionen, die infolge der Steuerflucht zunehmen.

"In Zeiten wirtschaftlicher Krise, präsentieren die Unternehmer und die mafiose und korrupte politische Klasse, verantwortlich für Jahrzehnte mieser Regierung, den ArbeiterInnen die Rechnung", die Kosten für den Eintritt in ein "Europa dei padroni", von dem schon mal die Rede war. Diese Maßnahme gehört zu den autoritären Plänen zur Eliminierung der Sozialstaates und die erkämpften Rechte der Unterdrückten.

Das bedeutet eine Kriegserklärung an die Werktätigen.

In Roma, am 22. September stürmte die Polizei ungefähr um 20 Uhr wie in einem Fernsehkrimi den Sitz einer Basisorganisation, nach Tagen mit Übergriffen, Bespitzelung und permanenter Anwesenheit. Sie haben nicht nur alle anwesenden GenossInnen erfasst und durchsucht, Zeitschriften und Dokumente durchgesehen und alles durch die Luft geworfen, sondern auch mit Hammer und Meißel drei Löcher in die

nommen haben, sondern auch jede Art von Aktionen, Straßen- und Autobahnblockierungen, Spontanstreiks in industriellen und anderen Sektoren im ganzen italienischen Staatsgebiet.

In den FIAT-Werken in Milano sagen manche: "Wir würden sie an das Fließband schicken, bis sie 65 sind!" In Roma haben die Gerichtsangestellten eine Versammlung organisiert gegen die Kürzung ihres Lohnes um ein Drittel. Es gab Streiks in einigen industrialisierten Städten, wie Bologna, Bergamo...

Am 18. September formte sich eine Spontandemonstration, die zum Sitz der CISL ging und dort Chaos und Lärm verursachte, während Gewerkschafter und Politiker über die Krise der Gewerkschaften diskutierten. Am Nachmittag darauf gaben die Gewerkschafter die Entscheidung be-



CGIL: Confederazione Generale Italiana dei Lavoratori, also "Allgemeiner Italienischer Arbeiterbund", früher der ehemaligen PCI und jetzigen PDS, also den KommunistInnen, nahestehend.

Cartoon: manifesto

Wand geschlagen, wo nach ihren Informationen Sprengstoff sein sollte. Diese oftmaligen Provokationen der Polizei sind Teil eines Klimas der Einschüchterung, das heute in den ArbeiterInnenvierteln spürbar ist.

Es fanden nicht allein Demonstrationen statt gegen die ökonomische Politik der Amato-Regierung, wie die in Roma am 13. September, an der 100.000 Personen teilge-

kannt, einen Generalstreik über acht Stunden am 24. September anzusetzen.

Bei den von den Gewerkschaften letzte Woche organisierten Demonstrationen haben die ArbeiterInnen ihrer Wut und ihrem Mißtrauen Ausdruck verliehen und ihrer Entscheidung, die Initiative in die Hand zu nehmen und sich selbst zu organisieren.

Am Mittwoch, dem 23. September nah-

men in Milano rund 100.000 an einer Demonstration teil. In einem Sternmarsch sammelten sich Menschen, die von drei verschiedenen Plätze kamen, auf der Piazza Duomo, wo die GewerkschafterInnen bereits hektisch die Redebeiträge begannen, ohne zu warten, bis allem Menschen versammelt waren. Der radikalste der drei Demonstrationzüge, der zum großen Teil aus Basisorganisationen bestand, umfaßte rund 50.000 Personen, zum Großteil ArbeiterInnen aus Industrie und Dienstleistungssektor, SchülerInnen und StudentInnen. Die ersten Reihen bestanden vor allem aus PensionistInnen und aus Angehörigen von CISL und UIL. Innerhalb weniger Minuten wurden aus den Dutzenden, die die GewerkschaftsführerInnen auspufften, Hunderte, die Tomaten und Eier warfen. Der Sekretär der UIL sprach unter dem Schutz der durchsichtigen Schilde des Sicherheitsdienstes der Gewerkschaft weiter. Als einer der Schilde brach, war der Redebeitrag endgültig zu Ende.

Am anderen Ende des Platzes fanden über einen Lautsprecherwagen eine Gegenveranstaltung der Basiskomitees vor rund 3.000 Menschen statt, Aufrufe zum Generalstreik wurden frenetisch begrüßt.

Auch in Bologna fand eine Demonstration auf der Piazza Maggiore mit 50.000 Menschen statt. Polizei, Carabinieri, Politische Polizei (DIGOS) und Sondereinsatzkommandos (CELERE) sowie die Sicherheitsdienste der Gewerkschaften machten die Gegend unsicher und provozierten die DemonstrantInnen. Die Redebeiträge wurden ständig von Protesten übertönt. "Die ArbeiterInnen gehen nicht zur Piazza, um demagogischen Reden zuzuhören, sondern um ihre eigene Opposition gegenüber der staatlichen Gewerkschaft und der Amato-Regierung zum Ausdruck zu bringen."

In Modena unterbrachen tieffliegende Lebensmittel aus einer Menge von rund 15.000 Menschen die Redebeiträge der GewerkschafterInnen. Diese wurden auch von einem Sabotageakt am Lautsprecherwagen beeinträchtigt. Die Medien berichteten hingegen nur, daß die Reden wegen "technischer Probleme" beendet werden mußten. Außerdem griff der Sicherheitsdienst der Gewerkschaften wiederholt die DemonstrantInnen an.

Für den 2. Oktober wird ein Generalstreik vorbereitet. Eine Stellungnahme dazu ist der nebenan veröffentlichte Streikaufruf mehrerer Gruppen. ●

Jenseits von Parteien und Gewerkschaften: Selbstorganisierter Generalstreik

Die Regierung raubt den PensionistInnen und Werkstätigen 93.000 Milliarden [Lira]. Und fordert wieder einmal von den Werkstätigen Opfer und Genügsamkeit, um das Unternehmen Italien zu retten. Sie möchte, daß der Gürtel enger geschnallt wird im Namen eines Europa, das nach dem Ende der Angst vor dem Osten und der Zerschlagung der inländischen Linken zu einem privilegierten Terrain für die Razzia der Finanzkapitäne wurde.

Für Italien muß klar gesehen werden, daß die Gewerkschaften mit enormer Macht in die Regierung eingestiegen ist — eine Gewerkschaft, die nicht mehr den Entscheidungen der Regierung untergeordnet ist, sondern direkt an der ökonomischen Politik des Staates beteiligt ist. Es ist selbstverständlich, daß die staatliche Gewerkschaft nicht gegenüber diesen Angriffen auf die Lebensbedingungen der ProletarierInnen opponieren würde, sondern versucht, den Kampfwillen der ArbeiterInnen und ProletarierInnen zu unterminieren. Seit über einer Dekade hat die Gewerkschaft ihre Politik an der Logik der Opferung, des Einverständnisses, der Verteidigung der nationalen Wirtschaft und der Unterstützung der Profite der Unternehmen ausgerichtet, und das eigene parasitäre Überleben und die eigene Glaubwürdigkeit der Institution geschützt.

Nach Jahren des Kampfes sind wir hier, um der rechte Protagonist einer neuen

Etappe des Kampfes zu sein, mit unseren großen und kleinen Erfahrungen, die unser Reichtum sind: die Selbstorganisation am Arbeitsplatz, in der Schule, die Besetzung von Centri Sociale, der Antifaschismus, der Häuserkampf, die Verteidigung der Gefangenen aus dem Proletariat. Ohne Sektierertum und um allen und jeder eine Methode vorzuschlagen: die Selbstorganisation.

● Für einen von den ArbeiterInnen selbst organisierten Generalstreik

● Für eine Wiederaufnahme des Häuserkampfes, gegen die Einkerkelung von Tausenden und Tausenden ProletarierInnen, gegen die Privatisierung der Schule und des Wissens, gegen den alten und neuen Faschismus

Beteiligen wir uns am Mittwoch, dem 27. September in Roma an der nationalen Versammlung, selbstorganisiert und mit dem Lebensgefühl der Basis

Redaktion von "Tamburi di lotta" ["Kampftrommeln"]

Redaktion in Milano von "Incompatibili"

Radio Onda Diretta

Centro Autogestito Garibaldi

Centro Sociale Leoncavallo

il quotidiano comunista manifesto

Facciamo uno sciopero?

**Gli operai fanno da soli, proteste e cortei spontanei in tutta Italia
Trentin: «L'accordo di luglio non vale più, Amato ci ha imbrogliati»**

PAGHI

Non hanno aspettato la convocazione ufficiale degli scioperi articolati. I lavoratori che tutti in tutta Italia si sono

alle mosse di Giuliano Amato che partecipava al vertice con Kohl. A Poggioregio han-

no infatti, poiché i lavoratori che volle andare in pensione prima del tempo, vedersi to-

MANOVRA:

Aut. Min. Giust. n. 2000/80

Amato

SABATO
19 SETTEMBRE 1984
ANNO XXIII, 204
OPERAI POSTALI
LINE 1.300

Materialien zu Rostock

— Teil 2 —

Sie nannten es Solidarität

In diesem Teil der Materialien zu Rostock findet ihr:

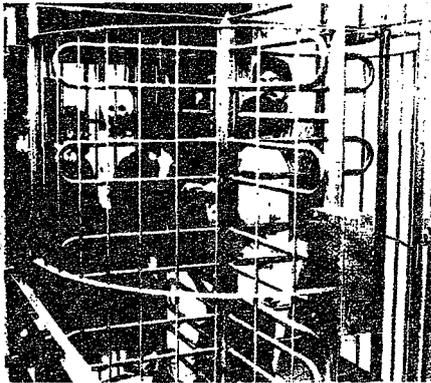
- den versprochenen Text zum Schicksal der KontraktarbeiterInnen in der ehemaligen DDR;
- einen Brief aus Kapfenberg, der Bedrohung auch in Österreich widerspiegelt;
- ein Diskussionspapier zu den Angriffen auf das Flüchtlings Sammellager in Mannheim-Schönau.

Die Angriffe auf "die Schönau" sind unseres Wissens nach die am besten dokumentierte der Pogromsituationen, die in der BRD immer häufiger auftauchen und immer weiter eskalieren, und des Widerstands dagegen. Dieses Papier spricht, obwohl es auch eine Reihe von Schwächen hat, viele Aspekte des Geschehens an, die so bisher noch nicht Thema waren. Aus diesem Grund — um die Diskussion zu verbreitern — veröffentlichen wir das Papier. Es gibt ein weiteres Papier zu Mannheim, das sich zum Beispiel mit dem Begriff "Mob" beschäftigt. Aber alle Texte auf einmal zu veröffentlichen, würde unsere Kapazitäten sprengen. Aber eins der Dinge, die eine solche Diskussion leisten sollte, ist, solche Klischees zu relativieren wie das vom "Mob" oder das vom unbekanntem, letztlich wehrlosen Wesen "Flüchtling".

Eine andere Forderung gerade zu einer solchen Diskussion im TATblatt ist die zur Lage und Entwicklung in Österreich. Obwohl der Einfluß aus der BRD sicherlich stark ist, bestehen in Österreich trotzdem andere Erfahrungen, Abhängigkeiten, Entwicklungen als im wiedervereinigten Deutschland. Wir wünschen uns in der Richtung auch Leute, die mitreden — auch und besonders MigrantInnen, Flüchtlinge —, Gruppen, die ihre Arbeit zur Diskussion stellen, Überlegungen, Einfälle, Streiterein, Zank, Hader und Zwietracht...

(Visa — Zeitschrift über Rassismus und Eurozentrismus aus Berlin)

In wenigen Monaten werden fast alle MosabiquanerInnen die "Fünf Neuen Länder" der BRD verlassen. Nach elfjähriger harter Arbeit unter schwierigen sozialen und gesundheitlichen Bedingungen werden sie in eine Heimat, die durch einen Bürgerkrieg völlig zerstört worden ist, zurückkehren. Sie werden nicht nur ein Land mit einer ruinierten Wirtschaft, sondern auch einen Staat, der sich im Prozeß des Verfalls befindet, antreffen. Desperados und Rebellen beherrschen einen großen Teil des Landes. Der Staat hat schon längst sein Gewaltmonopol weitgehend aufgegeben. Die MosabiquanerInnen kamen in die DDR als "Kontraktarbeiter" unter dem Regierungsabkommen vom Februar 1979 zwischen der Volksrepublik Mosambik und der DDR. Das Abkommen kam für die Mosambikanische Regierung zu einem günstigen Zeitpunkt, um ein altes institutionalisiertes Wanderarbeitssystem fortzuführen. Dieses System etablierte sich während der Kolonialzeit. Die jungen Mosambikaner gingen seit



dem letzten Jahrhundert in die Minen Südafrikas. Sie arbeiteten auf Plantagen, Farmen und in Industriebetrieben des Apartheidstaates. Das Wanderarbeitssystem war eine der vielen unmenschlichen Methoden, die die europäischen Kolonialherren zur systematischen Zerstörung der Jahrhunderte funktionierenden sozioökonomischen Strukturen Afrikas angewendet haben. Als Mosambik 1975 unabhängig wurde, hat die südafrikanische Regierung die Rekurtierung der mosambikanischen Wanderarbeiter fast zum Stillstand gebracht.

Durch diese Maßnahme verlor der mosambikanische Arbeitsmarkt ein wichtiges Ventil, um seinen Arbeitskräfteüberschuß zu verringern. Daher war

das Regierungsabkommen zwischen Faktor, der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite benötigte die DDR Billigarbeitskräfte, die dem Arbeitskräftemangel abhelfen sollten. Zweifellos unterstützt die damalige DDR-Regierung — im Vergleich zu ihrem Kontrahenten BRD — die Länder, die nach der Unabhängigkeit das Experiment des sozialistischen Systems in ihrer Gesellschaft angewendet haben. Die Hinwendung zu einem sozialistischen Gesellschaftsmodell war meiner Meinung nach ein Versuch, die kolonialen Abhängigkeitsstrukturen zu überwinden. Die früheren sozialistischen Länder haben die Befreiungsbewegungen Afrikas auf verschiedene Weise unterstützt. Die Hilfe der DDR in Mosambik nach 1975 erstreckte sich auf verschiedene Sektoren: Bergbau, Fischerei, Landwirtschaft, Textilindustrie, innere und äußere Sicherheit. Zu dieser Unterstützung wurde auch die Ausbildung und der Einsatz mosambikanischer Arbeitskräfte innerhalb der DDR in folgenden Bereichen gezählt: Braunkohlebergbau (Tagebau), Landwirtschaft, Textilindustrie, Kupferbergbau und die Herstellung von Lastkraftwagen.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob die Unterstützung der DDR für Mosambik nur aus reiner "Brüderlichkeit" geschah. Dieser Schein trägt. Der Import von Billigarbeitskräften aus den früheren kolonialisierten Ländern in ein Industrieland, sei seine Gesellschaftsformation sozialistisch oder kapitalistisch, geschieht aus einem ökonomischen Kalkül, nämlich das Angebot an Arbeitskräften durch billige Importe zu steigern. Durch diese Maßnahmen konnte die DDR ohne größere Investitionen in neue, effizientere Technologien (unter Beibehaltung ihrer veralteten Maschinen) die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung und die Steigerung ihrer Exportkapazitäten mit dem Einsatz mosambikanischer, vietnamesischer, angolischer und kubanischer Arbeitskräfte sichern. Diese Form von Wirtschaften kennen wir bislang nur aus den ökonomischen Analysen der westlichen kapitalistischen Ländern, nicht aber aus den sozialistischen Ländern wie die DDR und die CSSR. Dies waren die beiden ökonomisch erfolgreichsten Staaten innerhalb des sozialistischen Wirtschaftsverbundes.

Vor der Auflösung des DDR-Staates waren über 110.000 KontraktarbeiterInnen, davon ca. 18.000 MosambikanerInnen

nen, in den staatlichen Betrieben beschäftigt. Seit 1979 kamen die MosambikanerInnen jedes Jahr in Gruppen in die DDR, mit Ausnahme der Jahre 1982 und 194. Diese Arbeitskräfte waren zwischen 18 und 25 Jahre alt. Ihr Aufenthalt in der DDR erfolgte ohne ihre Familienangehörigen, zur Einsparung sozialer Folgekosten. Dafür sollten die ArbeiterInnen eine "Trennungsent-schädigung" von vier Mark pro Tag zusätzlich zum Lohn erhalten, die allerdings abhängig gemacht wurde von ihrer "Arbeitsdisziplin". Schwangere Frauen wurden sofort in ihre Heimat zurückgeschickt oder in manchen Fällen zur Abtreibung gedrängt. Die ArbeiterInnen wurden in grauen Wohnsilos getrennt von ihren deutschen ArbeitskollegInnen untergebracht. Sie wurden ständig beaufsichtigt. Ihre Ausgehzeiten und ihre Besuche wurden strengstens kontrolliert. In dem Abkommen hieß es, daß die Unterkünfte der MosambikanerInnen dem Niveau von ArbeiterInnenwohnheimen deutscher ArbeiterInnen entsprechen. Aber in Wahrheit mußten sie sich zu viert ein Zimmer teilen, dessen Größe nicht mehr als 20 Quadratmeter betrug, dh. 5 Quadratmeter pro Person. Alle ausländischen ArbeiterInnen lebten mit der permanenten Drohung, bei "Fehlverhalten" sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt zu werden. Diese Menschen kamen in die DDR mit der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben. Stattdessen wurden sie ausgegrenzt und zu bloßen Arbeitswerkzeugen degradiert — von einer Gesellschaft, die nach außen hin die "große Völkerfreundschaft" propagierte, von einem Staat, der sich politisch zu seiner fundamentalen Ideologie die "Vereinigung" aller ArbeiterInnen in der Welt gemacht hat.

Nach dem Zusammenbruch des alten DDR-Systems veränderte sich dramatisch

die soziale Lage der KontraktarbeiterInnen. Die wirtschaftliche Talfahrt führte dazu, daß die ausländischen Arbeitskräfte, die über durch das Abkommen gesicherte Arbeitsplätze verfügten, kaum in den Betrieben weiterhin beschäftigt wurden. Zu Zeiten des SED-Regimes waren Entlassungen von ausländischen Arbeitskräften wegen wirtschaftlichen Gründen kaum zugelassen. Daher wurden die bilateralen Abkommen zwischen der DDR-Regierung und anderen Staaten (Mosambik, Vietnam, Angola und Kuba) Mitte 90 umgeändert, damit die Betriebe die Möglichkeit bekommen, die ausländischen Arbeitskräfte, die langfristige Arbeitsverträge hatten, zu kündigen. Durch diese Abänderung des Abkommens begann die Welle der Entlassungen. Die ausländische Belegschaft wurde zuerst hinausgeworfen, wenn Entlassungen anstanden. Zu Tausenden wurden sie innerhalb des ersten Halbjahres 1990 entlassen und ausgewiesen. Das abgeänderte Abkommen vom Juni 1990 sah im Falle einer Entlassung folgende Verpflichtungen vor: den heimkehrenden Arbeitskräften eine Abfindung in Höhe von 3.000 DM sowie eine finanzielle Ausgleichszahlung in Höhe von 70% des Nettolohnes für mindestens drei Monate zu zahlen. Aber die den Arbeitskräften zustehenden Leistungen wurden in den seltensten Fällen bis heute voll und häufig gar nicht von den Betrieben übernommen. Die Betriebe versuchten oder versuchen heute noch mit unterschiedlichsten Mitteln solche Verpflichtungen zu umgehen. Es waren nicht nur die Betriebe, die die ausländischen Arbeitskräfte aus ihrer Beschäftigung ohne Entschädigung los werden wollten, sondern die gesamte soziale Umwelt trug dazu bei, daß die Menschen dieser Gefahr ausgesetzt wurden — wenn sie ihre Rechte forderten, waren die Antwort rassistische Angriffe. Mit Wis-

sen der Betriebsräte wurden sogar in einigen Betrieben Unterschriften mit der Forderung "Ausländer raus" gesammelt. Als die Betriebe die Information über die Verordnung vom Juni 1990 erhielten, fing die Diskussion innerhalb der Betriebe an, nicht nur wie sie die entlassenen ausländischen Arbeitskräfte entschädigen, sondern die Konsequenz der Entschädigung, nämlich: falls die Betriebe ihrer Verpflichtung nachkommen, werden deutsche Arbeitsplätze durch die Entschädigung verloren gehen. Durch solche Gerüchte schlug den ausländischen Arbeitskräften offener Haß entgegen. Einige, die weiterhin wegen ihrer benötigten Arbeitskraft weiterhin arbeiten konnten, kündigten von sich aus, weil sie nicht mehr die Schikanen und den "Rassenhaß" ertrugen. Durch von den Beschäftigten selbst eingebrachte Kündigungen verloren die meisten von ihnen ihre Abfindungen. Darüber hinaus versprachen einige Betriebe den ausländischen ArbeiterInnen, daß sie ihr Geld am Flughafen erhalten würden, aber leider sahen diese Menschen weder geld noch andere Unterstützung von ihren ehemaligen Arbeitgebern.

Seit 3. Oktober 1990 gilt das Arbeitsförderungsgesetz der Bundesrepublik in dem ganzen heutigen Bundesgebiet. Aber dies gilt meiner Erfahrung nach und auch nach Gesprächen mit den Betroffenen nur für die Einheimischen. In einigen Betrieben wird noch nicht mal eine schriftliche Kündigung ausgehändigt, daher besteht einerseits eine geringere Chance einen Widerspruch gegen die Kündigung zu unternehmen, weitens steht ein solcher Schritt in krassem Gegensatz zu der Verordnung, die den MosambikanerInnen genug Zeit einräumt, um ihre Reise nach Mosambik vorzubereiten. Als die ersten Rückkehrer zu Tausenden in ihrer Heimat ankamen, stand ihnen die mo-

Gruppe von Kontraktarbeitern Contract workers in Ex-GDR © U. Weise



sambikanische Regierung hilflos und unvorbereitet gegenüber. Ihre Unterbringung und Verpflegung überforderte den mosambikanischen Staat, der die durch den Bürgerkrieg entwurzelte Bevölkerung in dem Land selbst unterbringen muß. Laut eines GTZ-Berichtes (April 1991) halten ca. 2 Millionen vertriebene Landbauern sich in den städtischen Ballungszentren auf und führen ein menschenunwürdiges Leben. Die Rückkehrer wurden in Auffanglagern in der Nähe von Maputo angesiedelt. Die Kapazität dieses Auffanglagers war für höchstens ein paar hundert Rückkehrer gedacht, aber wegen der unvorbereiteten Ankunft von mehr als 15.000 Menschen müssen mehrere tausend mit notdürftiger Versorgung hier Unterkunft finden. Die anfänglich Freude und Hoffnung, wieder nach Mosambik zu kommen, wurde innerhalb kurzer Zeit zu Grabe getragen. Angesichts dieser Tatsache hat die mosambikanische Regierung die deutsche Bundesregierung um ihre Unterstützung, um diese gewaltigen Probleme irgendwie zu lösen. Gleichzeitig wuchs der politische Druck von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NRO's) auf die deutsche Regierung, sich an ihre moralische Verpflichtung den ausländischen Arbeitskräften gegenüber in der ehemaligen DDR zu erinnern und nicht, wie es bis jetzt geschah, die Probleme einfach in die Heimatländer der KontraktarbeiterInnen zu verlagern. Die Bundesregierung beugte sich dem politischen Druck aus dem In- und Ausland, um ihr "Ansehen" im Ausland nicht zu schädigen. Sie stellte Finanzmittel für eine Zusatzqualifizierung und Integrationsförderung der noch wenigen hier lebenden MosambikanerInnen zur Verfügung. Eine von der Universität Saarbrücken erarbeitete "Mosambik-Studie" ermittelte eine hohe Bereitschaft der KontraktarbeiterInnen, an einem Fachkräfteprogramm zur Förderung junger UnternehmerInnen teilzunehmen. Dieses Programm soll nach den PlanerInnen die Chancen für einen Neuanfang in ihrem Land verbessern. Das Ziel dieses Programms scheint auf den ersten Blick erfolgversprechend, weil es darauf zielt, die Wiedereingliederung der Rückkehrer in den Arbeitsmarkt ihres Landes zu erleichtern, dh. dieses Programm soll inhaltlich den Bedürfnissen und Voraussetzungen des heimischen Marktes entsprechen. Aber wir stellen jetzt fest, daß das Konzept des Fachkräfteprogramms kaum einen inhaltlichen Bezug auf die sozioökonomische Struktur Mosambiks beinhaltet.

Das würde heißen, daß die Ausgebildeten genau wie ihre Landsleute ohne Kenntnis über die Arbeitslage nach Mosambik zurückkehren. Sie werden einen wirtschaftlichen Zustand dort antreffen, auf den sie nicht im geringsten vorbereitet sind. Außerdem kann ein solches Fachkräfteprogramm nur seinen Erfolg erweisen, wenn in Mosambik einige Projekte dem Programm angekoppelt werden. Obwohl die deutsche Bundesregierung im Rahmen des Programms zusätzliche Gelder für Integrationsmaßnahmen vorgesehen hat, hat sie

bisher nicht ihre Versprechungen eingehalten (siehe Info Dritte-Welt-Haus, Bielefeld November/Dezember). Darüber hinaus lag das Fachkräfteprogramm sein Januar 1991 in der Schublade des zuständigen Ministeriums, erst im Juli 1991 begann die Vorbereitung der Ausbildung, obwohl alle Beteiligten die Geschwindigkeit der Ausweisung von MosambikanerInnen aus der BRD kannten. Zwischen Januar und dem Anfang des Programms kehrten über die Hälfte der Mosambikaner zurück, die sich bei der Befragung der "Mosambik-Studie" beteiligt haben. Immer noch verlassen MosambikanerInnen die BRD, ohne irgendwelche Zu-

sagen zu haben, an diesem Programm teilnehmen zu können. Daß, obwohl die Organisationen, die für die Durchführung des Fachkräfteprogrammes im Auftrag des Ministeriums verantwortlich sind, immer wieder beteuern, daß diese Reintegrationsmaßnahme bis 1994 laufen werde. Aber die folgende Frage ist meines Erachtens wichtig zu berücksichtigen: falls die Finanzierung dieser Maßnahme weiter bis 1994 gesichert wird, welche MosambikanerInnen/KontraktarbeiterInnen werden 1992/93 und 1993/94 noch hier sein?

Teilweise überarbeitet (vor allem auf österreichische Verhältnisse angepaßt).

Diskussionspapier: Schönau Rassismus — Antirassismus — Klassenkampf

Dieser Text wurde geschrieben als Grundlage für eine Diskussion einiger LudwigshafenerInnen. (Anm.: Ludwigshafen liegt ganz nahe bei Mannheim, jenseits des Rheins.) Er ist entstanden in unseren Diskussionen über die Angriffe auf die AsylbewerberInnen im Mannheim-Schönau und die Aktionen dagegen. Er hat nicht den Anspruch, "den Rassismus" oder die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik umfassend zu erklären. Er soll anber dazu beitragen, die konkrete Situation besser zu verstehen, um künftige Angriffe dieser Art aktiver und effektiver bekämpfen zu können. Versteht diesen Text nicht als abgeschlossen und auch nicht als Produkt einer Partei oder einer politisch homogenen Gruppe. Versteht ihn als Aufruf zu diskutieren.

(Interim)

Mit der Demonstration am 13.6. war für viele die "Affäre Schönau" gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo wider Erwarten nicht zusammengeknüpelt wurde und der "Schönauer Mob" momentan(!) Ruhe gibt, zumindest nicht mehr in großer Zahl vor dem Flüchtlingslager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel: viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem "Schönauer Mob", gegenüber den Bullen, gegenüber der staatlichen Propaganda... Unter dem Druck der Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus/Antifaschismus: zwischen dem Konzept der "Strafexpedition" ("Zerschlagt den deutschen Mob"), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration "der ausländischen MitbürgerInnen" in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der offensichtlich keine grundlegende Kritik hat.

Auf viele Leute, die handeln wollen, wirkte das taktierende Hickhack der ver-

schiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte mensch sich nur schwer zu rechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Schließlich ist das, was heute in der Gesamtheit als antifaschistische/antirassistische Bewegung erscheint, keine homogene und kompakte Einheit. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck war. Und darüber raus, daß diese Beweggründe oftmals politischer sind, ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden beinhalten als das, was sich in den stereotypen Anti-*ismen äußert.

Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- die alte Frau, die sich lautstark mit den hungerstreikenden AsylbewerberInnen auf der Breiten Straße solidarisierte, ist nicht einfach "gegen Rassismus" und "für gleiche Rechte". Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich die immigrierten KollegInnen auf ihre Seite, gegen den Druck der Geschäftslei-

tung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich nicht aus der "Moral der guten Menschen", auch nicht aus dem Grundgesetz, sondern explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.

- der Punk, der die Nazis bekämpfen will, hat ganz materielle Gründe für seine Solidarität mit den Flüchtlingen: er verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, letztlich eine ganze Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen... Solidarität ist für ihn weit mehr, als eine Frage der Moral.

- die Schülerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens begonnen hat und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern des "Ernst des Lebens" sperrern will.

- letztlich basierte ein großer Teil der Demo am 13.6. auf einer spontanen Mobilisierung; niemand weiß so genau, woher urplötzlich die vielen Leute kamen. Zweierlei ist aber unbestreitbar:

Erstens waren es sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Es gehörte nach dem Gemetzel am Samstag vorher eine gehörige Portion Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Ohne die Brutalität des Bulleneinsatzes gegen uns und die offensichtlich Verharmlosung der Angiffe auf die AsylbewerberInnen durch die Presse wären diese Menschen zwar nicht auf die Straße gegangen. Aber der Antrieb dazu resultiert sicherlich auch aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.

Zweitens werden sich die meisten dieser Menschen nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Zum einen, weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique... bezieht, wenn überhaupt. Zum anderen fehlt überhaupt die Bereitschaft, sich in den traditionellen Formen politisch zu organisieren. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, [zu unteruchen,] wieso unter den Jugendlichen und den ArbeiterInnen diese Bereitschaft kaum da ist.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.

So stimmen wir nicht mit "den FrankfurterInnen" überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, "wir hätten die Pressesperre durchbrochen". Vielmehr war es so, daß "unsere" Aktiven von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asylager—Chaoten—Gewalt—Polizei—Ruhe. Die taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die "Chaoten, Gewalttäter und Politrockler" vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert. Zweitens müssen wir uns eingestehen, daß

(zumindest in der unmittelbaren Situation) nicht "wir" der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Bullen. Der Schutz war also eine — wenn auch wertvolle und solidarische — trotzdem weitgehend symbolische Geste. ganz konkret ist es jetzt für jede einzelne Asylbewerberin, für jeden einzelnen Asylbewerber im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß "das nächste Mal" die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig, dem Mob die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den "Mob" sehr genau einschätzen zu können. Das duldet keine Vereinfachungen und Pauschalisierungen und Übertreibungen.

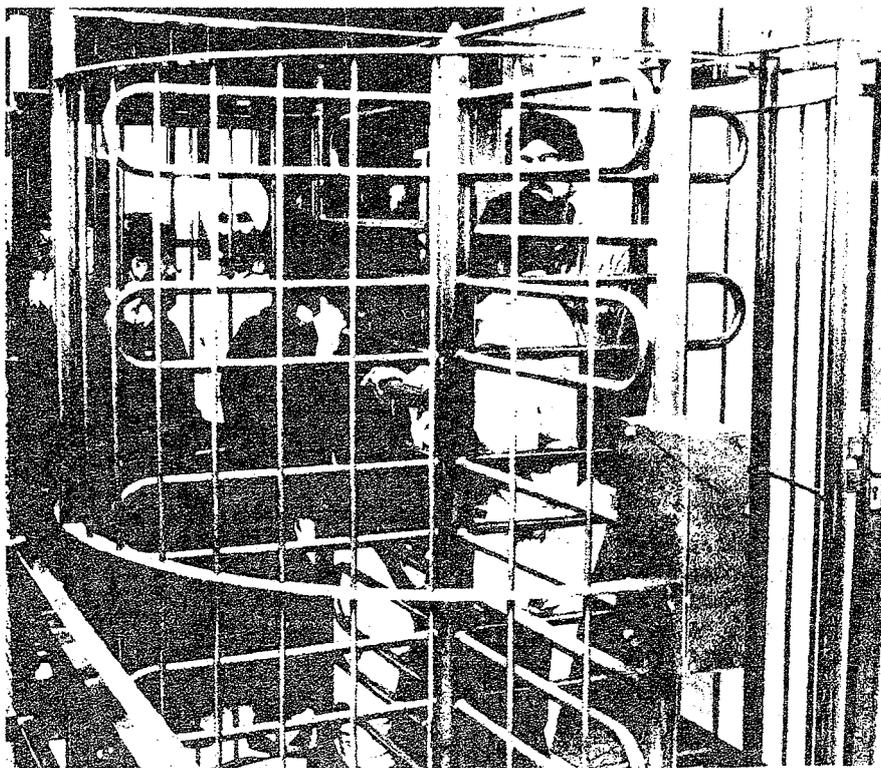
In diesem Zusammenhang kritisieren wir einige Darstellungen in den Publikationen der Linken. Ein Beispiel: Eine Stellungnahme des Infotelefon Frankfurt schreibt: "...Trotz der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe von Faschisten, trotz der angeblichen [Hervorhebung von den Diskussionstext-AutorInnen] Schutzmaßnahmen der Polizei, bnachts ein Loch in den Zaun zuschneiden und in das Gelände einzudringen..." Diese Darstellung ist zumindest mißverständlich: sie suggeriert eine Situation, in der drei Hundertschaften Bullen(!) die Lage nicht im Griff haben und damit eine Stärke, Ent-

zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft von den Straßen vertreiben, bzw. wer will das überhaupt?)

Viertens war die Demo am Samstag, dem 13. eher geduldet als druckgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat, wie er knüpelt, und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes, und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen eine Rolle spielen, die sich nicht auf die 2.000 DemonstrantInnen, sondern auf ein auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz — das Abriegeln einer ganzen Stadt — war auch eine Notstandsübung.

Auf vielen Flugblättern stand "Hoyerswerda in Schönau" — teilweise zu recht mit Fragezeichen versehen.

Die äußerlichen Unterschiede lagen in der Art der Pressedarstellungen und im Vorgehen der Bullen. In Hoyerswerda zeigte sich der Staat relativ schwach. Sowohl gegenüber dem "Mob", als auch gegenüber den linken DemonstrantInnen. Mit dieser Schwäche öffnete er auch letztlich den Raum für die folgende rechte Brandsatzkampagne gegen Asylager als auch für die spalterische Kampagne der Alternativen



schlossenheit und Organisiertheit der SchönauerInnen, wie sie so nicht da war. Der "Mob", wie er wirklich war, war schlimmer genug, wir müssen das nicht übertreiben... Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die "Vertreibung des Mobs von den Straßen" nicht erreicht wurde. (Was

und Linken gegen die Ostdeutschen. (taz: "Die Osis sind nicht reif für die Demokratie...") Die Medienkampagne nach Hoyerswerda kam einem Aufruf an die Fschos gleich, zu handeln (was sie dann auch gemacht haben). Die politische Situation in der Ex-DDr war zu diesem Zeitpunkt weit-

gehend unkalkulierbar. Es standen Entlassungen an, es gab massenhaft Aktionen von ArbeiterInnen (zB. die Besetzung der Autobahn durch tausende ArbeiterInnen der Trideltawerke — übrigens ganz in der Nähe zu Hoyerswerda.) Der Staat brauchte in dieser Situation einen Sündenbock — die Flüchtlinge, gegen die aktiv und massenhaft vorgegangen wird.

Aber wir würden und in die Tasche lügen, wenn wir dasselbe für Schönau (wie in einigen Flugblättern geschehen) behaupten: der Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randale vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den "Mob" waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organisierte Faschos oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise undifferenziert (Frauen mit Kindern, Alte...) zugeschlagen, was sie später bereut haben.

Das sollte nicht heißen, daß heute der Staat kein Interesse mehr an der Spaltung der ArbeiterInnenklasse hat und daß das System keine Sündenböcke mehr braucht. "Schönau" kam ihnen aber offensichtlich — momentan — ungelegen.

Es wird zu diskutieren sein, wie sich diese Tatsache dazu verhält, daß jeder/jedem — natürlich auch dem Oberbürgermeister — mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar war, daß es dort krachen wird.

Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokraten, der Grünen und Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein "sozialer Brennpunkt", es gibt eine Menge "Probleme" und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie "es" sollte. Schönau sei ein "vernachlässigter Stadtteil" mit einer "komplizierten Sozialstruktur". Aus dieser Sichtweise reultiert dann:

"Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Problem und Ängste ernst nehmen..." Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffe auf die AsylbewerberInnen.

Eine linke Variante davon ist, die SchönauerInnen als "Opfer einer Krise des Kapitalismus" zu sehen, als Objekte einer Entwicklung, als Marionetten der reaktionären Propaganda.

Die ganze Sichtweise der Sozialdemokratie und ihrer linken anhängsel begreift "schönau" als Problem der Sozialpolitik, als

technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen "Schönau" als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglich auszufüllen gilt. Womit? Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen — nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet, einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist) die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die FixerInnen entweder mehr Druck oder billigeres Heroin... für den Fall, daß die Kohle "nicht da" ist, eben die billige Lösung: Bullenpräsenz — und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand...

Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die "sozialverträgliche Belegung" des Lagers (viele befürchten, daß die aufgestaute Wut des Mobs dann nicht mehr auf doch ziemlich wehrhafte junge Männer aus den Kriegs- und Krisenregionen dieser Welt trifft, sondern eben auf Frauen und Kinder).

Die ganze staatlich-sozialdemokratische Sichtweise steckt voller Widersprüche —

Tatsächlich ist "Schönau" — trotz einem riesigen sozialdemokratischen WählerInnenpotential von ca. 50% — Ausdruck eines Scheiterns der SPD — eines schwitzenden Widder [der Oberbürgermeister Mannheims] im "Mob"... und es wäre unseinerseits völlig daneben, dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.

Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen "Bekämpfung des Rassismus".

Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen. Demgegenüber denken wir, daß es gerade wichtig ist, Verhaltensweisen wie die der "SchönauerInnen" scharf, in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. Keine Mißverständnisse: damit meine ich nicht

das autonome "Konzept Strafexpedition", das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt... Die politische Haltung gegenüber "den SchönauerInnen" wäre auch nicht: "Ihr geht gegen Schwächere vor — das ist unmoralisch und wird von uns bestraft...", sondern: "Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossenInnen sind und damit letztlich auch gegen Euch selbst... Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nutzt den Reichen, den Managern und Politikern...". Diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das eine "Rebellion ist gerechtfertigt" war in dieser Hinsicht richtungweisend; das zweite war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der "Schönauer", die vorgaben, ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltiger natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche schärfer benannt, als die ganzen Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die SchönauerInnen verteilt wurde — diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen "Beschützeraktionen" abzuhalten.

Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Entschuldigungslinie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gegenüberstellung der Kategorien Täter-Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose "tiefsitzende rassistische Denkstrukturen" ausreicht, hat nicht kapiert und wird eben diese "rassistischen Denkstrukturen" auch nie wirklich durchbrechen können.

Was ist Schönau und warum sind die SchönauerInnen so, wie sie sind, oder gibts überhaupt "die SchönauerInnen"?

"Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant." (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)

"Schönau hat keine organische Entwicklung durchlaufen wie andere Stadtteile Mannheims..." oder so ähnlich (Meier)... Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein

bezahlte Anzeige:



Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgehöhelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr. 40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Teil des städtischen Subproletariats, das sich — weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion — über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl), Geflügelzucht usw. reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der "Arbeitsscheuen" und "Asozialen" ein Dorn im Auge waren. Die faschistische Stadt- und Sozialplanungspolitik machte aus der Not eine Tugend: die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, "die Straßen Mannheims zu säubern", die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren wurden die ersten paar hundert Menschen auf die Schönau "eingewiesen", alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.

Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die "Säuberung Mannheims" raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebedran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.

Nach dem Krieg war die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Enheiten belegt.

sind unterwegs. Diese Menschen werden "schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt" (MM). Innerhalb von zehn Jahren wir die EinwohnerInnenzahl fast verdreifacht, von ca. 5.000 nach dem Krieg auf 15.000 bis 1958. "Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier, Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Problem entstehen, haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt" (MM, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GI's, die auf der Schönau bleiben, und ihre Kinder. "Der letzte Schlag war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschuß, nach dem 55/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen — ebenfalls massiert — noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden" (MM, 1960).

Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Kriege erinnern an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die "schlechte Nachbarschaft". Es gab den Konflikt um zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den "Asozialen", der in Intensität und Gewalttätig-

keitspolitik. Vom Faschismus initiiert, wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelsang hochgezogen wurden.

Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen?

In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als "Angriff des deutschen Mobs auf AusländerInnen" beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die "die Neger" angegriffen haben, sind selbst "Farbige", viele, die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die AsylbewerberInnen freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden "eingewiesen", wohnen ebenso wie die AsylbewerberInnen in Kasernen, auch wenn die (inzwischen!) eine bessere Ausstattung haben.

Wenn wir schon von Rassismus reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist. Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Geschichte hat. Das ist vom Rassismus eines Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen rassistischen Konsens gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassismus der Stammtischbrüder, dem der "Marginalisierten" und dem der organisierten Faschisten... Unsere These ist, daß es falsch ist, alles in einen Topf zu werden, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

Schönau ist ein "Arbeiter- vorort mit wunden Punkten" (MM). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie — in verschiedenen Abstufungen — die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen.

Die Baracke der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an anderer Stelle gesetzt wurde, ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waidhof, die den "größten zusammenhängenden Slum Deutschlands" (Merian) bilden, sind eng und ein überverhält-



Die kommunale Bevölkerungspolitik setzte bruchlos fort, was der Faschismus '35 auf der Schönau begonnen hatte: "...am Nordende werden weitere 500 dahergelaufene und zusammengetrommelte Menschen in acht Baracken ausgesetzt..." (Mannheimer Morgen, 10.9.1960)

Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten

keit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen "Klein-Mexiko" einbrachte. In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die ItalienerInnen, dann TürkInnen, JugoslawInnen, GriechInnen, PortugiesInnen...

Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölke-

nismäßig großer Teil der Leute aus den Benz-Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer, wie in den 50er Jahren.

Es gibt eine sehr große Drogenszene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GI's gibt. Es gibt eine große Alk-Szene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen.

Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.

Das ist eine der Bedingungen, wie es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und "so ist es halt in Schönau: wenn was los ist läuft gleich halb Schönau zusammen" (ein Schönauer Jugendlicher).

Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, sie ständig auf der Straße sind... sie waren der militante Kern des "Mobs".

Einige Aspekte zu den Motiven und zum Ablauf ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:

- Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, der Cliques untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben diese Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Flüchtlinge... Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da...

Konkret war es so, daß sich die Ausweitung und Vermassung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen direkt im Anschluß an einen Konflikt untereinander, gewissermaßen aus diesem heraus ergab: Die Massenschlägerei beim Siedlerfest wurde von den Bullen unterbunden, das Fest beendet. So gesehen haben die Bullen eine der Bedingungen geschaffen, die FestbesucherInnen vor das Lager zu mobilisieren.

- Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und ImmigrantInnen im allgemeinen, was sie wiederum auf die Flüchtlinge auf der Schönau übertragen, ist zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den AsylbewerberInnen um die Schwarzjobs konkurrieren, um den "Topf" des Sacharbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine DrogendealerInnen strittig gemacht wird, daß die Chefin der Putzkolonne eine Immigrantin bevorzugen könnte...

Oftmals wird — bei weitem nicht nur seitens der Pfaffen — versucht, die Angriffe lediglich aus ihrer unmittelbaren Erschei-

nung heraus zu politisch zu interpretieren und den "Rassismus" als individuelles Fehlverhalten der "Täter" zu begreifen. Wer die gesellschaftlichen Aspekte der Angriffe ausblendet, und — ergänzend dazu — die Flüchtlinge nur als "Opfer" begreift, erkennt den Flüchtlingen damit letztlich jegliche soziale Subjektivität ab. Dies ist rassistisch.

- Weil die SchönauerInnen auf der Straße sind und die AsylbewerberInnen eben auch keine anderen Möglichkeiten der "Freizeitgestaltung" haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen, "ihr Revier" verteidigen zu müssen.

- Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind (das sind sie auch gar nicht alle), sondern, weil sie, wie sie selbst, ProletarierInnen sind.

Für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive eines individuellen Aufstiegs, eine der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Über die Aktionen versuchen sie, sich gegen ein neues "unten" abzugrenzen. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft. Mit ihren Aktionen rechnen sie mit der Zustimmung der Gesellschaft, sie setzen um, was viele denken und was die Propaganda der Medien nahelegt.

Sicherlich waren nicht nur solche Leute aus den unteren Schichten des Proletariats beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die AsylbewerberInnen gespielt haben.

Bis heute ist völlig unklar, welche Rolle organisierte Faschisten gespielt haben. Es gab Behauptungen, diese hätten eine entscheidende Rolle gespielt. Umgekehrt wurde auch das genaue Gegenteil und damit ein wichtiger Unterschied zu Hoyerswerda behauptet. Beide Behauptungen sind unserer Meinung nach bis heute nicht beweisbar. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Faschisten jetzt ihre Möglichkeiten auf der Schönau nutzen werden.

Der Begriff "Rassismus" taugt in seiner Allgemeinheit wenig dazu, zu erklären, was auf der Schönau los war/ist/vermutlich auch weiter sein wird. Er ist eine Art "analytische Dampfwalze", die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet."

Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den "SchönauerInnen". Zweifellos ist diese bei vielen — wenn auch nicht bei allen — sehr massiv vorhanden. (So gab es durchaus Stimmen, für die im Mittelpunkt der Kritik die Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des "Mobs" zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren.)

Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage: gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreteten sozialen

und materiellen Verhältnissen? Ist der "Rassismus" Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute "einfach nur ihren Rassismus ausleben" oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests?

Wir denken, daß sich "rassistische Denkweisen" eben nicht von den sozialen Verhältnissen lösen lassen:

Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade weil in den Angriffen soziale Motive stecken, sind sie gefährlich. Gerade weil sich da nicht nur "blanker Rassismus" ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant.

Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des "blanken Rassismus" durch den "blanken Antirassismus" rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines schlechten Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. — Und davon gehen wir aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen sein wird. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den "Schönauer Mob" wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassismus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfes zu interpretieren, einen Zugriff auf sämtliche Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen können einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November '91 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen.

Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika,...), aus Rumänien, der Türkei/Kurdistan... Sie werden aus der ZAST in Karlsruhe in Sammelager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt. Dies ist aber nicht die durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammelager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird, ist für uns ziemlich undurchschaubar. Anfangs sollten es 300 bis 400 Menschen sein; das wurde "aufgrund von Protesten" dann reduziert auf 216. (Phasenweise war das Lager aber wohl "überbelegt".) Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammelager in die Ex-DDR verlegt wurden. Dies ist eine erste Konfrontationslinie zwischen dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es, weil sie irgendwo Ver-

wandte oder FreundInnen haben, sei es, weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen Einfluß, alles käme vom Land, von "oben". Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die "Disziplin" im Lager aufrecht zu erhalten, einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen. Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik nach außen, sondern auch ein Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt; sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle. Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaues, wie das wirklich war — es hat angeblich einige Verletzte und einen massiven Bulleneinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu verhindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von sechs Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren.

In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der AsylbewerberInnen gegen das Essen. Dasselbe "Feinschemckerrestaurant" in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schöner Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem "dürfen" sie sich nebenher durch Putz im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum "Schutz" der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen. Die BesucherInnen werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer darf rein und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die Leute ab, ob sie "Unruhestifter" sind. Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer rein kommt und wer nicht. Durch die Belagerung durch den "Mob" wird die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus. Die Polizei, die zum "Schutz" der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert, bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden. Dieses Zusammenspiel des Mobs und den Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung.

Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den ver-

schiedensten repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über caritative und sozialarbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert so die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt, liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Szene, sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto raus zu geh. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft. Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lag ist, die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das fehlen einer solchen Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun.

Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobach-

ten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen. Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimische gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell dieselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie, nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit der Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern.

Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und "Einheimischen" gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse, jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den "Mob", zu bekämpfen.

Ludwigshafen, 2.7.92

Eine 130seitige Dokumentation mit Presseartikeln, Flugis und Kommentaren ist gegen Übersendung eines 10 DM-Scheines von folgender Adresse zu bekommen:

— Dokugruppe —
c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binder-Straße 10
D/W-6700 Ludwigshafen

Brief aus Kapfenberg

vom 21.9.92

Am 14.9.92 wurden die Wände der Flüchtlingspension R. und auch verschiedene Stellen der Stadt Kapfenberg mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Parolen beschmiert. Am Samstag, dem 19.9.92 hat sich ein anonymes Anrufer als Vertreter einer Neonazigruppe bei der Pensionsleitung gemeldet und damit gedroht, die Pension anzugreifen und in Brand zu stecken, wenn sie nicht geräumt werde.

Daraufhin wurde die Polizei verständigt, die ihrerseits sagte, daß die vom Verhalten der Neonazigruppe durch eine Fax-Nachricht schon informiert gewesen war. Das Fax an die Polizei war von einer "sozial engagierten" Gruppe übermittelt worden, die darüberhinaus mitteilte, daß auch Polizei und Gendarmeriestationen ein Angriffsziel der Neonazis seien. (Die Identität dieser "Sozialgruppe" ist uns noch unbekannt.)

Im Gespräch mit den Sicherheitsbeamten wurden wir von den Zielen dieser Neonazigruppe informiert: Sie hätten sich zum Ziel gesetzt, die Ausländer in der Steiermark, vor allem im Raum Kapfenberg, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag zu bekämpfen. Die Sicherheitsbeamten sagten zusätzlich, daß sie im Moment nichts machen können, sie haben über Polizeilautsprecher den AsylanInnen geraten, sich

und ihre Familien selbst zu schützen. Zur Zeit sind Polizei und Gendarmerie in Alarmbereitschaft. Es wurden zusätzlich Feuerwehr und Rotes Kreuz informiert und die Lage geschildert.

Da aber kein direkter Schutz seitens der Polizei aufgestellt wurde, habe die AsylanInnen selbst Schutzmaßnahmen ergriffen. Sie organisieren Wachposten von XX Uhr bis XX Uhr und löschen abends ab XX Uhr das Licht¹. Zur Zeit herrscht große Angst und Panik, vor allem bei Frauen und Kindern. Sie fordern, daß die Behörden einen Schutz bereitstellen.

Frau M. (PensionsbesitzerIn) und ihr Mann haben inzwischen Kontakt mit den Behörden aufgenommen, und Herr M. schläft jede Nacht selbst in der Pension, was eine positive psychische Hilfe für die AsylanInnen ist. In einem Gespräch meinte er, daß dieses Problem eine Folge der Provokationen deutscher Nazigruppen und der FPÖ sei, und daß es in Österreich auch viele Leichtgläubige und Idioten gäbe, die diese Provokationen gutheißen und sie nachahmen. Auf die Frage, was zu tun sei, wenn ein Angriff stattfände, antwortete Herr M., daß die Lage sehr schwierig sei, vor allem, da ...¹.

¹ Bestimmte Informationen wie Wachzeiten wurden nicht veröffentlicht, um angreifenden Faschisten nicht zusätzliche Informationen zu liefern

Eine Entgegnung zur Entgegnung

Nocheinmal: Zensur bei der MIG

Liebe TATblattler,

Eure sogenannte Antwort auf das Schreiben der MIG (wer ist das eigentlich wirklich?) ist von so schleimiger Qualität, daß selbst auf die Gefahr hin, eine neuerliche Entgegnung zu provozieren, ich Euch bitte, die nachfolgenden Zeilen in der nächsten Nummer zu veröffentlichen.

Zensur bei der MIG? (Fragezeichen!?)

Tatsache ist doch eindeutig, daß eine ganze Auflage des MIG-Info nur wegen dieses EINEN Satzes eingestampft wurde: *„Trotzdem darf bei aller prinzipiellen Bereitschaft, sich dieses Problems anzunehmen, nicht übersehen werden, daß die Grünen aufgrund ihrer sehr engen Verbindungen zu einem durchaus nicht zimperlichen Wiener Immobilienspekulanten kaum in der Lage sein werden, glaubwürdige und umsetzbare Initiativen im Kampf gegen die wachsende Wohnungsnot setzen zu können.“*

Es braucht doch nicht viel in Richtung Zensur recherchiert zu werden, diese Tatsache wird sogar von der MIG zugegeben. Die Begründung der MIG ist ihre Sache, die Meinung eines Autors — in diesem Fall meine — eine andere. Weiß man hierzulande nicht mehr, was Zensur ist?

Ich will hier auch nicht die Frage erörtern, wie demokratisch es in der MIG zugeht (die dortigen Mehrheitsverhältnisse und wie sie zustandekommen hat der Autor dieser Zeilen sattsam genug am persönlichen Leib erfahren dürfen), sondern mich dagegen verwahren, daß ich mit dem Ausdruck: *„durchaus nicht zimperlich“* eine Gleichstellung mit heute durchaus gängigen kriminellen Methoden auf Seite von Vermietern vorgenommen habe. Aber politisch (!) un-

terscheide ich sicherlich nicht zwischen „guten“ und „bösen“ Spekulanten. Wenn der gemeinte Immobilienhändler über verschiedene Firmenkonstruktionen seine persönliche Weste weiß halten kann, wenn er sich von einem Saulus zu einem Paulus gewandelt haben soll, dann bleibt er nach wie vor auf der anderen Seite und muß sich auch den Verwertungsinteressen dieser Seite unterwerfen, ansonsten kann er auf diesem brutalen Pflaster nicht überleben. Wenn also unser „lieber“ Spekulant heute ein Freund der Grünen, vielleicht auch der MIG geworden ist, dann darf sich auch die MIG nicht wundern, daß sich ein Vertreter von Mieterinteressen so seine nachdenklichen Gedanken macht und sich auch erlaubt, diese öffentlich auszusprechen. Außerdem bin ich der Meinung, daß besagter Hauseigentümer einfach nur sehr weitblickend ist in seinen Kapital-Verwertungsstrategien. Was kann denn heute mehr Geld im Sinne von Subventionen einbringen, als sich mit Schlagwörtern, wie „biologischer“ oder „ökologischer“ Hausbau auseinanderzusetzen und sich das entsprechende Klientel heranzuzüchten. Rein vom strategischen Geschäftssinn und der Kapitalverwertung sage ich nur: *„Hut ab vor so viel Weitsicht!“* Aber deshalb bleibt für mich ein Spekulant ein Spekulant, ob er nun mit/um Häuser oder Subventionen spekuliert, ist dabei unerheblich.

Die MIG geht mit ihrer Entgegnung eigentlich so weit, daß sie vom TATblatt verlangt, daß Äußerungen, die der Meinung des Vorstandes nicht entsprechen, nur mit der bereitwilligen Hilfe der MIG recherchiert werden müßten, dann würde sich ihr Erscheinen von selbst erledigen. Aber zensuriert wird doch nicht, nur eingestampft.

Aber zum anderen, etwas inhaltlicheren

Punkt:

Ich habe weder zur MIG, noch zu den Grünen ein *„gestörtes Verhältnis“*, höchstens vielleicht zu einem dahergelaufenen burgenländischen Gendarm, der der grünen Bewegung schon genug Schaden zugefügt hat.

Es geht um ein kritisches Verhältnis.

Und in meiner Einleitung habe ich auch sehr genau zwischen der begrüßenswerten Arbeit der Basis und den Öko-Immobilienjuppies in den Führungsetagen unterschieden. Im Salto wurde von Herrn Pius Strobl wieder einmal die berühmte Differenzierung zwischen politischer Fiktion und beruflicher Betätigung strapaziert. So dumm und so einfach möchte ich mir das manchmal auch gerne machen, aber das TATblatt sollte das nicht. Es geht mir auch nicht um Purismus, wir leben nun alle in dieser kapitalistischen Welt. Es geht aber gerade bei dieser politisch heiklen Thematik, wie es nun einmal die Wohnungspolitik und dem mit ihr verbundenen Elend ist, um die Glaubwürdigkeit einer ganzen Partei samt ihrer politischen Ansprüche.

Walter MOMPER, ehemaliger regierender Bürgermeister von Berlin-West und Vorsitzender der Berliner SPD mußte auf Druck der Basis seine Ämter niederlegen, als bekannt wurde, daß er sich in eine Immobilienfirma eingekauft hatte. Auch er versuchte, die oben skizzierte Trennung von Beruf und Funktion schmackhaft zu machen. Aber die Genossen haben völlig zu recht auf den Widerspruch hingewiesen, daß man keine soziale Wohnungspolitik als politisches Programm einfordern kann, wenn ein hoher und höchster Parteifunktionär gleichzeitig auf der anderen Seite steht. Es wäre genauso unglaubwürdig und absurd, wenn ein Unternehmer gleichzeitig Gewerkschafter wäre. Und das ist der Kern: es geht um die Glaubwürdigkeit der gesamten Partei in punkto Wohnungspolitik. Ein deutliches Zeichen wäre auch hier bei den Grünen ein gruppenweiser Rücktritt!

Noch ein Wort zur MIG: Ich bin froh, daß es Euch gibt! Aber bitte, bleibt anständig!

J.I.

Zensur bei der MIG?

Reaktion des TATblatts auf die Antwort des TATblatts (TATblatt minus 25) zum Lesebrief der MIG:

Also, mit der Antwort, wie sie erschienen ist, sind wir allesamt nicht zufrieden; ich als AutorIn des Artikels schon gar nicht. Leider ist

sie ein Produkt aus Fehlinformation, Kommunikationsmangel und Polizeieinsatz:

- Sie basiert auf einer Information aus dem Umfeld der MIG, daß es dem Autor des später zensurierten Artikels freigestanden wäre, ihn unter Nennung seines vollen Namens in der Originalversion zu veröffentlichen. Nach Auskunft aller beteiligter (Streit-)Parteien (also auch der MIG) stellte sich nun heraus, daß diese Möglichkeit nie zur Diskussion gestanden ist.

- Ich persönlich war überhaupt völlig überrascht, daß es eine Antwort des TATblatts auf den Lesebrief gibt. Irgendwie hab' ich da auf dem Plenum entweder etwas nicht mitbekommen, oder aber ich hab es versäumt, weil ich später gekommen bin, Eines ist jedenfalls klar: ausgemacht war es,

ich wußte es nicht, konnte daher nicht meinen Senf (sprich: meine Informationen) dazu geben.

- Schließlich und endlich: die Schlußredaktion, sozusagen die letzte kontrollierende Instanz, ist diesmal den Rechtshilfeaktivitäten für unseren Freund C., der just am Tage der Produktion bei der Demo anlässlich des 12. Jahrestages des faschistischen Putsches in der Türkei festgenommen worden ist, zum Opfer gefallen.

So viel zum Zustandekommen des Textes. Nun zum MIG-Info:

Wegen des besagten Artikels wurde die gesamte MIG-Leitung und noch ein paar mehr einberufen, um über die Veröffentlichung oder nicht abzustimmen. Der Autor weigerte sich, die Passage aus seinem Text herauszukürzen, weil sie ihm inhaltlich

wichtig und richtig vorkam, die Mehrheit der Leitung war dafür, weil sie den Inhalt als falsch betrachtete (eine detail-

liertere Ausführung der Standpunkte ist in den jeweiligen Lesebriefen nachzulesen). Die Mehrheit entschied, der Autor wurde zwangsbeglückt, was das Zurücklegen seiner Tätigkeit als MIG-Info-Autor zur Folge hatte.

Wozu wir vom TATblatt aber auf jeden Fall stehen, ist, der MIG die Möglichkeit zu geben, zu den Anschuldigungen inhaltlich Stellung zu nehmen. Ebenso wie wir dem zensurierten Autor die Möglichkeit geben, inhaltlich zum Thema Stellung zu nehmen; wobei wir sehr froh sind, daß er dies auch tut.

Unser, vor allem mein persönliches Anliegen ist es, daß sich nicht die wenigen linken Kräfte, die noch kontinuierliche politische Arbeit machen, gegenseitig zerfleischen mögen.

Freiheit der Woche!

Am Mittwoch dem 16. September fand eine Solidaritätsdemonstration für den am 12. September während einer (Solidaritäts-) Demonstration inhaftierten Clemens statt. Über 120 Menschen lärmten für die Freiheit. Naja, Clemens hat selber nix gehört. Aber ihre Wirkung hat die Demonstration trotzdem nicht verfehlt: Die in unbeschreibliche Panik (ob der revolutionären Massen) versetzte Justiz sah sich bereits Tags darauf gezwungen, Clemens freizulassen.

Der Wahrheit etwas näher kommen dürfte die Ansicht, daß sich ab Mittwoch systematisch JournalistInnen und PolitikerInnen für den "Fall" interessiert zeigten. Schließlich mußten Untersuchungsrichter und Staatsanwalt auf Anfrage des Justizministeriums zugeben, daß an der Sache nix dran ist und Clemens rauslassen. Näheres kommt nächstes mal (oder auch nicht? Na doch!).

Warnung zum Tage

"Priorität besitzt bei uns zur Zeit der Ausbau an den großen Flüssen", versucht Verbund-Generaldirektor von den heißen Brei herumzureden. "Der Ausbau der Donau-Engstellen ist Bundessache", stellte der Niederösterreichische Umweltlandesrat anlässlich der Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals fest.

Gemeint sind vor allem einmal Salzach und Donau, und mit Engstellen — wie könnt's anders sein — "die letzte freie Fließstrecke der Donau unterhalb Wiens". Also Hainburg (gelegentlich Wolfsthal genannt)!

Nazi-Verordnung schützt Umweltschmutzer

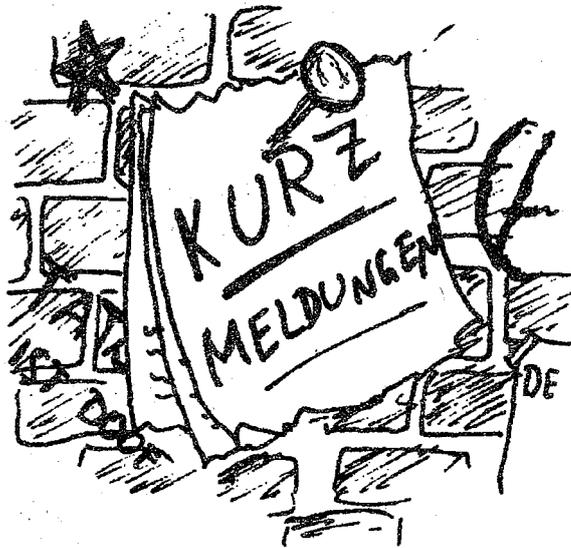
Im Jahre 1985 hatten AnrainerInnen der Müllverbrennungsanlage (MVA) Flötzersteig den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) angerufen:

Die MVA stünde ihrer Ansicht nach gesetzwidrig mitten in dichtbesiedeltem Wohngebiet. In solchem aber seien gemäß Flächenwidmungsplan Lärm, Staub und Geruchsbelästigung produzierende Anlagen verboten.

Der VwGH erkannte die Gesetzwidrigkeit und reichte an den Verfassungsgerichtshof (VfGH) weiter. Doch noch bevor der VfGH ernstlich prüfen konnte, fand der Gerichtsfall eine typisch österreichische Lösung: Im August 1991 erwarb die Gemeinde Wien die Grundstücke der BeschwerdeführerInnen und zog (nunmehr Be-

schwerdeführer und Beschuldigte in einem) die Beschwerden sofort zurück.

Inzwischen gibt es neue BeschwerdeführerInnen. Sie berufen sich nicht nur auf das frühere VwGH-Erkenntnis, sondern auch auf Rechnungshof-Kritik an der Umgehung gewerberechtlicher Schutzbestimmungen und vor allem auf das Luftreinhaltegesetz (LRG): Letzteres schreibt der Behörde die Schließung eines Betriebes vor,



wenn durch Überschreitung von Grenzwerten das Leben, die Gesundheit oder das Eigentum gefährdet sind oder die Überschreitung zu einer unzumutbaren Belästigung führen. Die Grenzwerte für Dioxin werden von der MVA Flötzersteig fast ständig um das 10-, 12- bis hin zum 30-fachen überschritten!

Weniger bestechend die Argumentation der Gemeinde Wien: Ihrer Ansicht nach wurde die MVA nach dem austrofaschistischen Energiewirtschaftsgesetz von 1935 bzw nach dem "Erlaß des Reichwirtschaftsministers für die Ostmark" im Verordnungsblatt für den "Reichsgau Niederdonau" aus 1940 zu Recht genehmigt. Und damit basta.....

Sozialdemokratische "Rechtsnachfolger" entwickeln, wie es scheint, ein gewisses Faible für "ordentliche" Politik.

Berliner Stadtverwaltung "baut" Pogrome!

Anfang Oktober will der Berliner Innensenat die "Zentrale Anlaufstelle für AsylwerberInnen" (ZAST) in den Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen verlegen. Dies sei angeblich notwendig geworden, um nicht näher beschriebene unhaltbare Zustände in der bisherigen Anlaufstelle in Moabit beenden zu können.

In Hohenschönhausen organisieren sich Neonazis in der "Nationalen Front", wurden schon Flücht-

lingsheime angegriffen. Und im angrenzenden Marzahn wurde vergangenen April ein Afrikaner von Faschos ermordet. Daß eine neue ZAST hier auf "Zustimmung" in der Bevölkerung treffen könnte, ist so gut wie ausgeschlossen: Und genau das scheint beabsichtigt zu sein.....!

Das ehemalige Stasi-Gelände verfügt über keine Fluchtwege, ist ohne ausreichende Brandschutzrichtungen oder sanitäre Einrichtungen (alles Polizeiangaben). Kon-

schaden.

Braune Oberösterreicher als Exportschlager!

Nicht ohne Publikum mußte Jörg Haider am 7. September in Stuttgart-Bad Canstatt auskommen: Rund 160 Claquere hatten sich eingefunden, um den Ergüssen des von Oberösterreich nach Kärnten umgewolkten FP-Führers zu lauschen. "Von der NPD, Deutsche Liga und REP bis hin zu den Neonazis waren sie alle da" (Zitat einer R Zeugin). Fast zehnmal so viele Menschen hatten aber genug von Oberösterreichern, aus deren Mündern nur braunes Zeug kommt und demonstrierten vor dem Haider-Veranstaltungsort gegen Rassismus und Neofaschismus. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Jutta Dittfurth, eine fraktionslose Stuttgarter Stadträtin und eine Antifaschistin aus Wien (??). Der "Verband der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) reagierte mit einer bösen Presseaussendung auf die unerträglichen Polizeischikanen und die bürgerkriegsmässige Einkesselung der Demonstration. Nach der Kundgebung machten militante Neonazis Jagd auf AntifaschistInnen in Bad Canstatt.

Niedersachsen hetzt gegen Roma

"Aufklärungsbedarf" bezüglich "aggressiven Bettelns" orten VertreterInnen des Niedersächsischen Städtetages. Es müsse unbedingt geklärt werden, ob die Roma aus einer echten Notlage heraus bettelten oder aber dem "gewerbsmäßigen Gelderwerb" nachgingen. Den StädtvertreterInnen dünkt es, als ob bei Menschen, die viel Geld an SchlepperInnen-Organisationen zahlen können, um ins Land zu kommen, keine Notlage herrschen könnte (welch bestechende Logik!). Daß dieses Geld aus dem Verkauf allen Besitzes der Flüchtlinge stammt, stört die Aufklärungsbedürftigen nicht im geringsten: Schließlich stünden einer durchschnittlichen Roma-Familie (?) nach Angaben des NS-Sozialamtes neben Unterkunft, Verpflegung und Hygiene-Artikel doch immerhin heiße 292 Marker im Monat zur Verfügung.

Passau: Republikaner verdoppeln Stimmenanteil

Bei einer Wiederholungswahl zum Passauer Stadtrat konnten sich die "Republikaner" zur drittstärksten Partei der Stadt mausern. Die Wiederholungswahl war angesetzt worden, nachdem die CSU ihre ab-

statiert der Senatssprecher dem Gelände eine gute Verkehrsanbindung, so bedeutet dies für die Betroffenen einen Anfahrtsweg von eineinhalb Stunden (vom Stadtzentrum aus gesehen), mehrmaliges Umsteigen und vor allem einen längeren Fußmarsch von Busstation zur geplanten ZAST. Der Weg als Spießbrutenlauf zwischen

- Polizisten, die noch möglichst viele "Illegale" abfangen wollen, ehe sie einen Asylantrag stellen können
- Schwarzkaplern, die auf der Jagd nach (ungewollten) SchwarzfahrerInnen sind
- und Faschos, deren Interesse hier wohl nicht weiter beleuchtet werden muß.

In einem Flugblatt weisen Berliner Antifas darauf hin, daß hier von der Stadtverwaltung offensichtlich Pogrome nach Rostocker Art provoziert werden sollen. Nachdem auch in Österreich ähnliche Vorhaben behördlicherseits mit Erfolg gekrönt waren (etwa in Kaisersteinbruch und Neuhaus an der Triesting), gilt es, dem Projekt besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auf daß nicht demnächst die Angegriffenen der Hohenschönhausener Pogrome im TATblatt zu Wort kommen. Von "wehret den Anfängen" kann ja wohl überhaupt nicht mehr die Rede sein!

Post scriptum: Kaum 12 Stunden nachdem vorangegangene Zeilen ihren Weg in den Computer gefunden hatten, wurde in der Nacht zum 24. September ein Flüchtlingsheim im Stadtteil Marzahn mit Molotowcocktails angegriffen! Das Feuer konnte vom Hausmeister gelöscht werden. Es entstand geringer Sach-

solute Mehrheit im Jahre 1990 nur mehr mit sogenannten "Tarnlisten" hatte behaupten können und die Wahl aus diesem Grund vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben worden war.

Am 21. September 1992 rutschte die CSU um 7,3 Prozentpunkte auf einen Wählerinnanteil von 35,66%, die SPD verlor 3,5 Prozentpunkte auf 23,18%, die Grünen und die FDP jeweils etwa 0,5 Prozentpunkte auf 5,72% bzw. 7,53% (FDP). Neben den bereits genannten und den Repts, die ihren Stimmenanteil binnen zweier Jahre von 5,21 auf 11,34% aufzubessern imstande waren, sind im Passauer Stadtrat nunmehr jeweils ein Abgeordneter einer "freien Wählergemeinschaft", einer "Bürgerliste" sowie einer Gruppe "Studenten für Passau" und schließlich auch der rechtsextremistischen "Ökologisch-Demokratischen Partei" vertreten.

Berliner Linie: Polizei oder Faschos — je nachdem...

In der Berliner Pfarrstraße machten Polizei und Faschisten den BesetzerInnen zweier Häuser das Leben schwer. Je nach rechtlicher Lage des Hauses greifen immer gerade jene Schlägerbanden an, von denen sich die "EigentümerInnen" aktuell am meisten erwarten.

In der Pfarrstraße 104 waren das am 11. August dieses Jahres 40 faschistische Fußball-Hooligans, die als Bauarbeiter verkleidet in das Haus eindringen und gezielt die Musikinstrumente, Radios, Fernseher und Toiletten der BewohnerInnen zerstören. Die BewohnerInnen waren gezwungen, das Haus fluchtartig zu verlassen ("willst 'n' Vorschlaghammer in die Presse?") und es schließlich mit Gewalt wiederzuerobern. Erst als sich zeigte, daß die BewohnerInnen ihr Ziel erreichen würden, tauchte die Polizei auf um die "Bauarbeiter" in Schutz zu nehmen.

Hintergrund: Das Haus Pfarrstraße 104 war kurz nach "der Wende" bezogen worden und fällt somit noch unter jene Kategorie instandbesetzter Häuser, die nach "Berliner Linie" nicht polizeilich geräumt werden. Nachdem das Haus Nr. 106 auf Behördenanordnung hatte saniert werden müssen, wollte der Eigentümer einer solchen Maßnahme im Falle der 104 durch "Baureifmachung" zuvorkommen. Und zur Durchführung einer "Baureifmachung" erschienen ihm die Marzahner Fußball-Hools als gerade motiviert genug.....

Als Helfershelfer der "Eigentümer" profiliert hatte sich einmal mehr die taz, die die Entrüstung der BewohnerInnen über den Überfall als lächerliche Überreaktion auf den Besuch eines Bauarbeitertrupps und die Zerstörungsaktion der Fa-

schos als morgendliche Störung der Haushunde-Ruhe darstellte. Die Wiedereroberung der eigenen Wohnungen durch die BewohnerInnen reihte sie in die Kategorie "Randalen".

Weniger "glimpflich" verlief für die BewohnerInnen des Hauses 112 der 27. August. Gegen Mittag dieses Tages kam ein Mann in Polizeieskorte und erklärte, der neue Hausbesitzer zu sein. Da er diese Behauptung nicht mittels Dokumenten belegen konnte, mußte er unverrichteter Dinge abziehen. Die BewohnerInnen, die das Haus im Juni besetzt hatten, wollten ihn nicht reinlassen.

Da sie vom Wechsel der Besitzverhältnisse nicht informiert waren, benachrichtigten die BewohnerInnen zwar einen Rechtsanwalt, rechneten aber nicht mit einer Räumung; von effektiver Vorbereitung auf eine Räumungssituation keine Spur. Als dann eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei anrückte, war es zu spät, um noch groß Wind zu machen. Binnen zwanzig Minuten war das Haus geräumt. Praktisch alle BewohnerInnen wurden schwer mißhandelt. Für zwei von ihnen hat sich das Wohnproblem vorderhand gelöst: Sie warten in Untersuchungshaft auf ein Verfahren wegen angeblichem schweren Landfriedensbruchs und versuchten Totschlags.

Mumia Abu Jamal: neues Info-Bulletin

Die Kampagne für den zum Tode verurteilten afrikanisch-amerikanischen Journalisten Mumia Abu Jamal wird fortgesetzt. Mumia soll 1985 während eines Polizei-Überfalls auf ein Haus der afrikanisch-nationalistischen "move"-Bewegung einen Polizisten erschossen haben. Beweise dafür gibt es zwar nicht (schußtechnische Gutachten etwa wurden nicht erstellt), dafür aber eine letztinstanzliche Bestätigung des Urteils. Dem Mord durch die weiße US-Justiz kann Mumia Abu Jamal nur noch durch "Begnadigung" durch den Gouverneur von Pennsylvania entkommen.

Seit 1990 gibt es eine internationale Solidaritätskampagne, die durch die Diskussion um die 500-Jahre-Kolonialismus-Feierlichkeiten bzw. des Widerstands dagegen ziemlich gepusht wurde. Doch bislang waren die OrganisatorInnen der Solidaritätskampagne vor dem Problem der isolierten Betrachtung des "Falls Mumia Abu Jamal" durch die AdressatInnen der Kampagne gestanden. Erst in Verbindung mit dem "Fall Rodney King" und den als Reaktion auf den Freispruch der L.A.-Schlägerpolizisten Ende April dieses Jahres ausgebrochenen Aufstand (nicht allein) afrikanisch-amerikanischer Jugendlicher bietet sich nun die Chance, die rassistische Gewalt in den USA als generelle, nicht auf "Einzelfälle" beschränkte zu vermitteln.



Keine Frage, daß Rodney King, hätte er sich gegen die — heimlich mitgefilmte — "Fahrzeugkontrolle" gewehrt, wegen Körperverletzung oder gar Mordversuchs vor Gericht gestellt worden wäre, eventuell heute sogar in der Todeszelle säße. Andererseits wird aber in Kenntnis der Videoaufzeichnung keineR ernsthaft darauf bestehen können, Rodney King hätte kein Recht gehabt, sich gegen die sechzehn ihn verprügelnden Polizisten mit allen nur denkbaren Mitteln zu wehren. Gerade das Bestehen auf selbstverständliche Existenzrechte ist es also, das nicht-weiße Menschen in den USA in die Gefängnisse und die Todeszellen bringt.

Oder wie es Mumia's Anwalt formulierte: "Mumia Abu Jamal hatte nie eine Chance. Er hat vollkommen recht wenn er sagt, daß die Todesstrafe eine logische Konsequenz war, nachdem es der Polizei in jener Nacht (des Überfalls auf das "move"-Haus; Anm. TATblatt) nicht gelungen war, ihn umzubringen." King und Abu Jamal sind keine Einzelfälle, sondern lediglich durch besondere Zufälle in das Licht der Öffentlichkeit gerückte "Normalfälle" der US-Gesellschaft.

Im letzten Jahr wurden in der BRD, der Schweiz und in Österreich über 400 000 Öschis für Mumia's Verteidigung gesammelt — und die Sammlung geht weiter!

- Mumia Abu Jamal — Informationsbulletin Nr.2; erhältlich bei Agipa, Eichenberger Str.9, BRD-2800 Bremen 1

- Spenden auf das Sonderkonto "Mumia", BfG Bremen, BLZ 2901 0111, Kto.Nr. 100 587 7601

Freedom now!

Angola: UNITA behindert Wahlkampf

Im gegenwärtig in Angola geführten Wahlkampf zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung haben sich die KandidatInnen der bisherigen Einheitspartei MPLA und die der aus ehemaligen UNITA-Angehörigen bestehende FDA (Forum für ein demokratisches Angola)

mit Berichten über ihre Behinderung durch die KämpferInnen der rechtsextremen UNITA zu Wort gemeldet. Am 21. September war es in der von der UNITA kontrollierten Region Moxico zu einem "Zwischenfall" gekommen, bei dem acht Menschen getötet und 26 weitere verletzt wurden. Nach Angaben des MPLA-Kandidaten und früheren Staatspräsidenten Santos wäre es für die MPLA in den Regionen Jamba, Mavinga, Calai und Rivungo unmöglich, Wahlveranstaltungen durchzuführen, während es für die UNITA im ganzen Land keinerlei Beschränkungen gibt. Schlimmer als der MPLA geht es aber der FDA. Sie kann nach Angaben ihres Generalsekretärs in der Provinz Huambo, der Hochburg der UNITA, nicht öffentlich in Erscheinung treten. Ihre KandidatInnen müßten ständig die Ermordung durch die UNITA befürchten. Vorvergangene Woche überfiel die UNITA einen Bus mit FDA-AnhängerInnen und folterte die InsassInnen schwer.

Die Wahl findet am 29. und am 30. September statt.

Türkische Waffenkäufe

Waffensysteme im Wert von mehr als drei Mia Öschis will die praktisch bankrotte Republik Türkei in Rußland kaufen. Die russische Regierung hat gegen den Verkauf der Waffen an die Türkei nichts einzuwenden, solange die Waffen nicht Dritten überlassen werden. Mit dem Wort "Dritten" ist vor allem Aserbaidschan gemeint, das mit massiver türkischer Hilfe versucht, ein Genozid an den ArmenierInnen Karabachs zu veranstalten. Die Republik Armenien hingegen, die den BewohnerInnen der ethnischen Enklave Karabach mit Waffen und Nahrungsmitteln (und einigem an Ver-einnahmungsversuchen) hilft, wird von Rußland unterstützt.

Gegen die Verwendung der Waffensysteme für ein Genozid an KurdInnen hat Moskau offensichtlich nichts. Bei dem Geschäft geht es vor allem um Kampfhubschrauber und gepanzerte Truppentransporter, die im Türkisch besetzten Nord-West-

Kurdistan zum Einsatz kommen sollen.

Ebenfalls Kampfhubschrauber will die türkische Regierung in den USA kaufen. Vorerst 25 Kampfhubschrauber "Black Hawk" der Firma Sikorsky Aircraft (je 90 Mio Öschis) sollen in die Türkei geliefert werden. In Folge dürften weitere 125 Hubschrauber geliefert, aber erst in der Türkei zusammengesetzt werden (davon versprechen sich Regierungsstellen Kosteneinsparungen). Premier Demirel hat gegenüber der Zeitung "Sabah" bereits angekündigt, daß die US-Hubschrauber zur Bekämpfung der PKK eingesetzt werden sollen.

Panzer und Geschütztürme will die türkische Regierung in Frankreich erwerben. Einzelheiten sind (zumindest uns) nicht bekannt.

Seit 15. August hat die PKK in Gefechten mindestens drei Flugzeuge und wahrscheinlich 12 Kampfhubschrauber abgeschossen. Und nun zur beliebten TATblatt-HeimleserInnenfrage: Wann wird sich die türkische Regierung wieder neue Kampfhubschrauber kaufen müssen, sofern es zu keinen substantiellen Verhandlungen mit der PKK und der Einstellung der Kampfhandlungen gegen KurdInnen kommt? Und um wieviel Prozentpunkte mehr als heute wird dieser Kauf das Budget der Republik Türkei belasten, wenn die durchschnittliche Inflation zur Zeit zwischen 60 und 70 Prozent jährlich liegt? Und

wieviele Schulen, Krankenhäuser usw könnten um das Geld gebaut werden?

Einsendungen bitte an die türkische Regierung.....

Sudan: AID-Mitarbeiter hingerichtet

Ein sudanesischer Mitarbeiter der US-amerikanischen "Entwicklungshilfe-Organisation" AID ist im Sudan als Spion hingerichtet worden. AID ist eine höchst obskure Organisation, deren "EntwicklungshelferInnen" den Regierungen der "Entwicklungsländer" vor allem helfen, schlagkräftige Repressionsapparate zu entwickeln: In Guatemala "half" AID der Regierung beim Bau von Straßen und "Verwaltungszentren" (= Militär- bzw. Polizeistationen) in Unruheprovinzen, um schnelleres Eingreifen der Armee zu gewährleisten. In Vietnam und im türkisch besetzten Teil Kurdistans plant(e) AID sogenannte "Wehrdörfer". In ganz Südamerika entwickelte AID das System der "Zivilpatrouillen" bzw. "Dorfschützer". Und schließlich geht der systematische Einsatz von Elektroschocks in Brasilien, Uruguay und anderen Süd- und Mittelamerikanischen Ländern auf von AID gelieferte Geräte zurück. Zur Funktion von AID

gibt es einen Film, der zufällig am 9. Oktober im Rahmen der Anti-Kolonialismus-Film-Tage in der Wiener TU gezeigt wird: "Der unsichtbare Aufstand" von Costa Gavras, mit Yves Montand u.a.

P.S.: AID ist eine Organisation, die viel Unglück über um ihre Freiheit kämpfende Völker gebracht hat. Dennoch soll hier wirklich nicht der Eindruck entstehen, wir wären in diesem Fall mit der Exekution der Todesstrafe durch die sudanesischen Regierung (der wir auch nicht gerade nahe stehen) einverstanden. Die Todesstrafe ist u.E. nach generell und unter allen Umständen ein Verbrechen! Das wiederum bedeutet aber nicht, daß wir z.B. Organisationen wie Devrimci Sol u.a. das Recht absprechen, bewaffnete Aktionen gegen aktive Folterer und Mörder durchzuführen. Es ist schon ein großer Unterschied, ob ein Staat, der als zentrale Verwaltungseinheit konzipiert ist und die reale Macht zur Durchsetzung seiner Interessen besitzt, den —

legalen — Mord an seinen GegnerInnen beschließt, oder ob Men-

schen sich im Kampf gegen Unterdrückung zusammenschließen und Aktionen durchführen, die sich gezielt gegen ihre UnterdrückerInnen richten!

EG: Für Zwangsterilisation!

Jenes Organ, welches nach Ansicht österreichischer EG-Hetzer (hetz, hetz, rein in die EG) nur aufgewertet werden müßte, um das allseits kritisierte "Demokratie-Defizit" der EG zu beheben, nämlich das sog. "Europaparlament", beschloß vorvergangene Woche ein wahrhaft als richtungweisend zu bezeichnendes Dokument. Die Euro-ParlamentarierInnen kamen mehrheitlich zum Entschluß, daß die Zwangsterilisation "geistig Behinderter" als "ultima ratio" durchaus legitim sei! Der Beschluß ging sogar den Ober-Katholen zu weit, die die Entscheidung in ihrem Linien-Blatt "Osservatore Romano" als "kriminellen Akt" bezeichneten. Das Europa-Parlament, dessen Sitzplätze Objekte der Begierde sovieler österreichischer PolitikerInnen sind, ist also wohl nix anderes als eine kriminelle Vereinigung. Naja....., wäre interessant zu hören, was Mock, Vranitzky oder Ederer zur Zwangsterilisation zu sagen haben!

Öko-Box Werbeschmäh

(Umweltberatung)

Der Werbeslogan zur "Öko-Box" verspricht eine heile Welt. Die Wirklichkeit ist ernüchternd.

Die seit November fleißig gesammelten Packer werden in Attang-Puchheim gelagert. Wohl auf unbestimmte Zeit.

Verwertet wird nichts. Es fehlt nämlich die für die Ausfuhr in das deutsche Recyclingwerk nötige Exportbewilligung des Umweltministeriums. Vielleicht weil der geforderte Nachweis der tatsächlichen Wiederverwertung nicht erbracht werden konnte?

Es existiert für die Packeriverwertung nämlich derzeit nur eine "Pilotanlage".

Im Moment bezahlt also der Konsument dafür, daß er in einer Pappschachtel Packerl sammelt

TATblatt macht Druck!

in der neuen

TATblatt-Druckerei

Montag bis Donnerstag von

12 bis 16 Uhr

im TATblatt-Büro

Wien 6,

Gumpendorferstraße 157/11

Telefon (0222) 56 80 78

darf.

Soll es uns ein Trost sein, daß nur 3,3 von 800 Millionen PackerIn diesen beschwerlichen Weg antreten müssen?

Wir könnten allen PackerIn ihr Schicksal ersparen.

Wie? Die ökologische Alternative finden wir in den Regalen (fast) aller Lebensmittelhandlungen. "Pfandflasche" heißt das Wunderding!

Milch ohne Müll

(Umweltberatung)

Engagierte Mitglieder der Katholischen Jugend Hietzing wandten sich an die Umweltberatung: "Wir wollen etwas für die Umwelt tun!" Daraus entstand ein interessantes Projekt: Die "Kuh im Geschäft".

Ab Oktober soll es bei mehreren Hietzinger GreißlerInnen frische Rohmilch vom BäuerInnen geben. Gezapft wird aus einem Behälter, der sogenannten "Minikuh", in selbst mitgebrachte Flaschen. Dieses Angebot ist eine Antwort auf die leidige Diskussion über sinnvolle Milchverpackung. Gleichzeitig wird eine Belebung des Einzelhandels erhofft.

Für die Einführungsphase ist eine begleitende KundInnenberatung geplant. Die Jugendlichen wurden dafür von der Umweltberatung in mehreren Workshops mit dem nötigen Hintergrundwissen ausgerüstet.

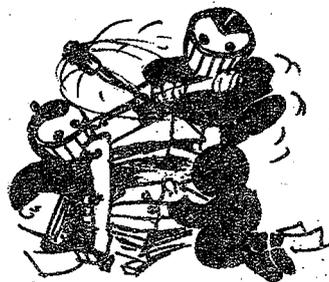
Informationen bei Erika Kolland-Hutterer, Umweltberatung Hietzing, Tel: 804 84 66.

Guatemala: Kaffeexporteur entführt

(ides)

Der Präsident der "Banco del Cafe" ist am 1. September in der Hauptstadt Guatemalas von bewaffneten Männern vorübergehend entführt worden.

E. Gonzalez, Präsident der BANCAFE und Leiter einer Gruppe von fünf Konsortien, die die Exportkammer kontrollieren, wurde in den Morgenstunden von drei bewaffneten Männern gezwungen, in seinen Mercedes Benz einzusteigen. Er wurde über eine Stunde durch die Stadt gefahren und dann wieder freigelassen, wobei die Männer das Au-



spreng sätze

zum Prozeß gegen

Knud Andresen+Ralf Gauger

Nr 7 ist erschienen!

- ☆ Ein Jahr LKA-Lügen und kein Ende. Schluß mit der Farce!
- ☆ Ein Lehrstück in bisher 26 Akten. Zusammenfassung zum bisherigen Prozeßverlauf
- ☆ Hamburger Polizei-Sondereinheit: E-Schicht. Gegen den Mythos der außer Kontrolle geratenen Männer

Lest, vertreibt, bestellt,
abonniert spreng-sätze

Erhältlich im linken Buchhandel oder
Neue Bestelladresse:
Infobüro Ralf und Knud, c/o Schwarzmarkt,
Kleiner Schäferkamp 46, 2 Hamburg 36
T: 040/446095 — FAX: 040/4108122
(Mindestens 9 Stück, 4 DM, nur Vorkasse)
Konto: K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, Bl.Z.
20050050, Konto: 1228/122396, Stichwort: Zeitung!

Unterstützt den Prozeß!

Spendenkonto: RA Beuth, Hamburger Sparkasse, Konto: 1250/124029, Änderkonto Ralf und Knud

to mitnehmen.

Gonzalez erklärte nach seiner Freilassung, er kenne das Motiv seiner Entführung nicht. Es habe ihn aber die Kaltblütigkeit gewundert, mit der die Männer handelten. "Sie waren sicher, daß ihnen nichts passieren würde" so Gonzalez.

Mexico: Keine Entschädigung für verseuchte Böden

(ides)

In Villahermosa beantwortete der staatliche Erdölkonzern PEMEX im Juli dieses Jahres die Forderungen einiger FischerInnen und Campesinos/as nach Entschädigung für verseuchte Böden und Gewässer mit gewaltsamen Mitteln. An der Küste des Bundesstaates Tabasco am Isthmus hatte das Erdölunternehmen 80.000 ha Land verseucht. Die nationale Kommission für Menschenrechte hatte den Betroffenen empfohlen, eine Zahlung für die durch die PEMEX verursachten Schäden und die Beschleunigung der Verfahren zur Entseuchung der Böden zu fordern. Mehr als tausend FischerInnen und Campesinos/as hatten Anfang Juli für 24 Stunden die Zufahrtswege zum Ölhafen blockiert und wurden von 500 Polizisten gewaltsam vertrieben. Zwei Personen wurden durch Schußwaffen verletzt, Dutzende trugen Verletzungen durch Knüppel und Tränengas davon, 32 wurden verhaftet mit der Beschuldigung, Straßen blockiert, Verkehrswege beschädigt, Fahrzeuge gestohlen und Menschen entführt und verletzt zu haben. Die FischerInnen und Campesinos/as sowie einige entlassene PEMEX-ArbeiterInnen hatten neben der Entschädigung und Reinigung der verseuchten Böden und Gewässer gefordert, daß die US-Schiffe aufhören sollen, auf hoher See mit Sprengungen Ölquellen zu suchen, weil sie dadurch ein massives Fischsterben verursachen. Außerdem wurde die Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen gefordert.

Die Regierung reagierte in keinsten Weise auf diese Forderungen,

und von PEMEX wurde verlaublich, die Protestierenden hätten schon längst Entschädigungen erhalten. Diese Lüge machte die Betroffenen noch wütender und sie blockierten den Hafen. Nach der gewaltsamen Räumung durch die Polizei zog diese noch durch ein Wohnviertel, schoß willkürlich durch die Gegend und zerstörte alles, was im Weg zu finden war.

Anpöbelungen und extreme Gewaltandrohung am "Volksfest"!

(Ernst K.)

In der letzten Zeit mehren sich Provokationen einzelner Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs gegen Linke. Das allergrößte Verhalten trat am Volksfest zutage, teten Bündnispolitik mit den sozialen Bewegungen mehrere unabhängige linke Gruppen anwesend waren, wie Antifakomitee, RKL, Revolutionsbräuhaus und eben das EKH, das den Stand des Tatblatts benutzte.

Am Samstag, den 5. September ereignete sich am Stand des EKH folgendes. 2 KPlern tauchen auf, etwa zwischen 40 und 50 Jahren. Sind ziemlich aggressiv. Reißen die Plakate vom Stand des EKH herunter, treten drauf. Darauf folgt eine verbale Auseinandersetzung. "Bei euch kamma net amoi vorbeigehen, das stinkt derartig!" "Gehts amoi was arbeiten!" "Gehts amal schmecken was Arbeit heißt!" Die EKH-AktivistInnen sind nicht allein: sie werden von einem ehemaligen Arbeiter, der aus der KP ausgetreten war, unterstützt. Die beiden ziehen ab.

Die Leute bauen den beschädigten Infotisch wieder auf.

Es kommt ein Mann vom Stand des Gewerkschaftlichen Linksblocks.

Einer der Aktivisten des EKH-Standes, selbst proletarischer Herkunft und eher graziler Gestalt (wer ihn kennt, kannher Herkunft und eher graziler Gestalt (wer ihn kennt, kann ihm schwerlich physische Aggression vorwerfen!), faßt den GLB-Mann im Sinne einer kumpel-

haften Geste freundschaftlich an der Schulter und sagt: "He Oida!"

Darauf würgt ihn der Typ und schleudert ihn mit aller Kraft zu Boden; die Würgemale sind in der Folge noch zu sehen.

Um ein Haar hat er ihn dabei in die Kohle des Grillers hineingestoßen; Gott sei Dank hat er sich noch derrappelt. Eine Frau geht dazu und versucht, den Typen wegzuhalten. Der Typ, der "garantiert 80, 90 Kilo schwer ist", geht mit den Fäusten auf die Frau los. Jetzt kommt noch eine Frau dazu und reißt den Typen am Gnack, um der ersten zu helfen. Darauf ist er auf sie losgegangen und hat sie brutal niedergeschlagen, "echt über den Haufen grennt", so formuliert es ein Zeuge. Dann konnte er mit Hilfe von Mehreren, die neu hinzugekommen waren, abgewehrt werden. EKHler: "Schleichts eich, ihr wollts Kommunisten sein!" (So halten wir diesen Begriff, trotz dieser Partei, noch hoch! Anm. des Säckers)

Ein EKH-Aktivist schildert: "Eine irrsinnig niedrige Gewaltschwelle, sofort auf Dreschen und Provokation aus."

Dann gegenseitige Beschimpfungen, er geht.

Daraufhin werden am Stand Flugblätter verteilt. Von KPlern, die teils gezielt hin-, teils zufällig vorbeikommen, hört man: "Gsindl!" "Miaasts eich wieda breit mochn!" "I mecht wissn, wer eich bezoit!" "Unsere Wielandschui hobts uns zerstört!"

Die EKH-Leute versuchen, ihre defensive Haltung beizubehalten, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.

Ich frage den Erzähler: "War das alles an Gewalt?" "Nein, das dicke Ende kommt noch!"

Nach einer Stunde kommt eine Frau heran, reißt die Plakate nochmals herunter! Die EKHler: "Was ist das? Glasnost, Genossen!" Der Zeuge: "Wir haben sie sich etwas austoben lassen." Sie geht wieder weg. Er betont: "Sie ist nicht angegriffen worden, nicht beleidigt worden, nichts!"

Eine halbe Stunde später kommen die 2 Typen wieder, die schon zu Anfang dagewesen waren! "Heats, was foit dir ein, meine Frau anzugreifen! Wannst des noamoi

mochst, bringi di um! Dann verläßt du die Wiese im Sarg, das schwör ich dir! Des konnst vielleicht bei deine Pfludan in da Wielandschui mochn! Oba bei meina Frau mochts des net!"

Der Zeuge, zu mir: "Meine Meinung ist, daß sie als Provokateurin vorausgeschickt worden ist, dann ist der Ehemann nachgekommen. Ein schlechtes, mieses Spiel."

Volksfest?

Die sogenannten KommunistInnen können nicht einmal bürgerliche Gepflogenheiten einhalten.

(Ernst K.)

Donnerstag um die Mittagszeit ist unangekündigt eine Frau der WB-Immobilien (Liegenschaftsverwaltung der KP) im Ernst-Kirchweg-Haus aufgetaucht und hat das Schloß in der Portierloge — in der sich das Infocafé samt kleiner Bibliothek befindet — ausgetauscht, und ein neues eingebaut.

Dasselbe geschah mit dem Haupteingang.

Mit ihr war der stellvertretende Bezirkshauptmann des 10. Bezirks, Leute vom Magistrat, und, so eine EKH-Aktivist, "einige diffuse Persönlichkeiten mitgekommen.

Die einzige Auskunft, die dabei erteilt wurde, war die, daß man sich den Schlüssel bei der Hausverwaltung abholen konnte.

Am Freitag ging einer vom EKH hin, und bekam, entgegen diesen Versprechungen, nichts! Er erhielt ausweichende Antworten: niemand Zuständiger sei anwesend!

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag muß jemand zugesperrt haben. Leute, die in der früh um 5 Uhr hinaus mußten, zur Arbeit, konnten nicht hinaus!!!

Diese sogenannten Kommunisten können nicht einmal bürgerliche Gepflogenheiten einhalten!

An der Portierloge ist zwar die Tür zu, aber das Infocafé ist dennoch weiterhin offen, Freitag, Samstag, Sonntag ab 16 Uhr.

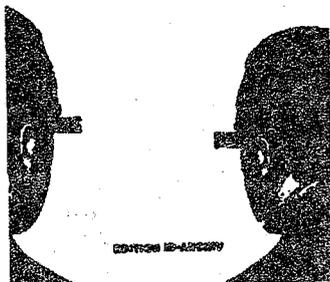
Eine kleine Bibliothek ist da, Bücher werden gesucht, die bereits vorhandenen können — gegen eine Kautions allerdings, die sich nach dem Buchpreis richtet, und gegen eine Gebühr von 55. — ausgeliehen werden.

Sie sahen:



DRAHTZIEHER IM BRAUNEN NETZ

DER WIEDERAUFBAU DER NSDAP



DRAHTZIEHER IM BRAUNEN NETZ DER WIEDERAUFBAU DER NSDAP

Diese spannende Recherche deckt auf, wie deutsche Neonazis den Wiederaufbau der NSDAP betreiben. Die Autoren beschreiben die Drahtzieher eines weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichenden Netzwerkes: von den Auschwitz-Leugnern, über die Erben Michael Kühnens bis zur rasanten Entwicklung neofaschistischer Strukturen in den Neuen Bundesländern. Das antifaschistische Autorenkollektiv aus Ost- und Westberlin stellt im Anschluß der Dokumentation seine Vorstellungen zur Entwicklung eines wirksamen Widerstandes zur Diskussion.

Dieses ca. 200 Seiten umfassende, großformatige Buch mit ca. 200 Abbildungen erscheint Anfang März '92. ISBN 3-89408-022-1

Zu bestellen beim

Antifa-Versand
Greisenstraße 2a
1000 Berlin 61

EDITION ID-ARCHIV

Kritik zur Gegenbe- lagerung in Rechnitz

(siehe TATblatt minus 25)

(LeserInnenbrief)

Zu Ende des Camps vom 1. bis 4. September 92 wurde in einer Art Schlußplenum festgestellt, daß dieses Camp eher als eine Niederlage zu bewerten sei. Weitere Camps könnten aber auf den Erfahrungen dieses Camps aufbauen.

Die Bewertung als Niederlage baute unter anderem darauf auf, daß der Bundesheereinsatz nicht wirklich gestört worden sei, weil das Bundesheer aus der Umgebung des Camps abgezogen worden ist. Folglich sollten in Zukunft mehrere kleine Camps, verteilt auf die Grenze, stattfinden.

Weniger auf die Analyse als auf das subjektive Gefühl nach dem Camp wirkte sich die negative Kurier-Berichterstattung aus.

Faktisch war dieses Camp wieder eine der vielen Szeneveranstaltungen, bei denen eine kleine Gruppe von Menschen Veranstaltungen für sich macht oder die Konfrontation mit der Staatsmacht sucht. Eine breitere Mobilisierung konnte damit bisher ebenso wenig erreicht werden wie politische Erfolge.

Während des Camps wurden als Aktionen mehrere Grenzspaziergänge unternommen, bei denen auch Bundesheereinrichtungen zerstört oder verändert wurden, und bei einer "Leistungsschau" des Bundesheeres gegen den Grenzeinsatz und gegen das Bundesheer überhaupt protestiert. Außerdem wurde, während das Camp stattfand, das Denkmal auf dem Geschriebenstein bemalt. Bei keiner dieser Aktionen fand dabei ein direkter Kontakt zwischen CampteilnehmerInnen und Bevölkerung statt.

Auch in Rechnitz und Umgebung wurde offenbar keine Propaganda für das Camp gemacht. Für Menschen, die Interesse am Camp hatten, aber nix genaues wußten, war es unmöglich, herauszufinden, wo das Camp war. Die Kontakttelefonnummer in Wien ist vermutlich kaum bekannt, das Telefon im — bekannteren — Offenen Haus Oberwart auch nur vier Stunden am Tag besetzt. Genausowenig wurde die breitere Bevölkerung in die Auseinandersetzung einbezogen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß es für das Bundesheer so leicht war, seine GegnerInnen unter Kontrolle zu halten. Selbst wenn die Vorgangsweise des Militärs wesentlich härter gewesen wäre, hätte das im Burgenland kaum was verändert. Für den Kurier war es ebenfalls kein Problem, das zu schreiben, was die Meinungsträger lesen wollen. Die eine oder andere kritische Stimme geht da schnell unter.

Selbst die Bemalung des Geschriebenstein wäre wahrscheinlich von der Bevölkerung wesentlich besser aufgenommen worden, wenn nicht gleichzeitig das Camp stattgefunden hätte. So ist diese Aktion als Schmieraktion der Chaoten leicht einzuord-



nen gewesen. Andernfalls hätte sich die Berichterstattung vielleicht auch auf die gemalten Parolen erstreckt, weil die alleinige Tatsache der Bemalung für einen Bericht zu wenig gewesen wäre.

Das Camp wäre wahrscheinlich weniger leicht zu isolieren gewesen, hätte es mehr Verankerung in der Bevölkerung gehabt. Diese Verankerung ist nicht in vier Tagen zu erreichen, sondern muß in das ganze Konzept einbezogen werden. Was im folgenden erläutert wird, ist meine Vorstellung einer solchen Vorgangsweise.

Das Camp sollte eher klein sein, etwa 20 Leute, dafür länger dauern, ungefähr zwei Wochen. Während dieser Zeit können auch Leute wieder an ihren Wohnort zurückfah-

ren und andere anreisen. Der Schwerpunkt sollte zumindest beim ersten Camp auf Öffentlichkeitsarbeit liegen, was bedeutet, in die Orte zu fahren, dort Infostände und Veranstaltungen zu machen, mit den Leuten zu reden. Nachdem die Leute gewohnt sind, in ihrer Freizeit zu konsumieren, wird eine konsumierbare Umrahmung den Kontakt wahrscheinlich verbessern, und sei es nur Kaffee und Kuchen. Welche Menschengruppen interessant sind (zB. Jugendliche) und wie diese anzusprechen sind, wird zu klären sein. Das sind auch Erfahrungswerte, die sich nach und nach ergeben.

Von diesen 20 Leuten könnten zB. drei Gruppen gebildet werden, von denen zwei auf "Tour" sind und die dritte im Lager bleibt, abwechselnd. In dieser Phase der Mobilisierung sind radikale Aktionen und offene Konfrontationen wahrscheinlich eher abschreckend. Im Gegenteil könnte die Leistungsschau des Bundesheeres dazu genutzt werden, einmal Propaganda zu machen, wenn die BundesheerfanatikerInnen weg sind.

Irgendwann sollten dann aber doch Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner stattfinden. Wann dafür der richtige Zeitpunkt ist, und wie diese Auseinandersetzungen aussehen, wird aus der Entwicklung zu klären sein, am besten gemeinsam mit Leuten aus der Umgebung.

Wie es mit Öffentlichkeitsarbeit unter den Soldaten aussieht, kann ich nicht einschätzen.

Ich weiß, daß das nur Träume sind, und daß es viel Arbeit bedeutet, diese Träume umzusetzen, und daß es trotzdem noch immer schiefgehen kann. Aber trotzdem lasse ich mir meine Träume nicht nehmen.

Liebe&Kraft.

(Slingshot, Berkeley; übersetzt von TATblatt)
1969 wurde der Park auf ungenutztem Universitätsgelände errichtet. Er wurde gegen Angriffe der Nationalgarde (vom damaligen Gouverneur Reagan gesandt) verteidigt, ein Aktivist wurde getötet und viele verletzt. Für 20 Jahre war der People's Park ein selbstverwalteter Platz.

Zwangspsychiatisierung und kam nach Berkeley. Für zwei Jahre lebte und kämpfte sie im und für den Park. Als militante Anarchistin wurde sie oft Ziel der Polizeirepres-

am 25. August dieses Jahres als Rosebud mit einer Machete in die Villa des Rektors einbrach. Unglücklicherweise löste sie einen Alarm aus. Die eintreffende Polizei erwischte sie und tötete sie mit 4 Schüssen.

Ermordung einer People's Park-Aktivistin

People's Park ist ein bunter autonomer Park in Berkeley, Kalifornien. In gemeinschaftlicher Arbeit von Obdachlosen, AktivistInnen und anderen "am Rand der Gesellschaft" lebenden wurden eine Volksküche und eine Kleiderbörse eingerichtet. Festivals gemacht, der Kampf ums Überleben gemeinsam organisiert.

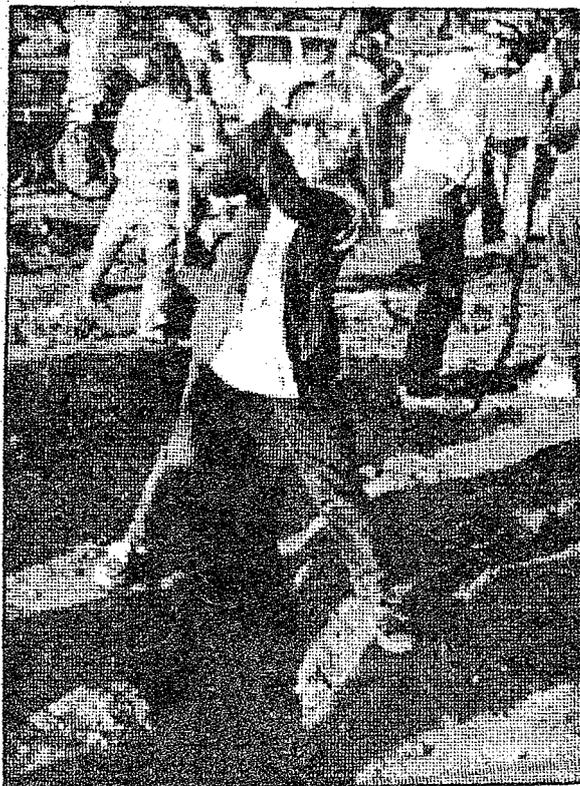
Rosebuds Ermordung löste Demonstrationen und Unruhen in Berkeley aus. Eine Gedenkfei-

1991 wurde der Park immer mehr zu einem organisierenden Zentrum der Obdachlosen, die sich an keinem anderen Ort treffen konnten. Zusammen mit AktivistInnen organisierten sie die Verteidigung gegen die Polizei, den Kampf gegen Umstrukturierung und für Menschenrechte (für Arme und Obdachlose) und einen Platz zum Wohnen.

Die Universität startete einen neuen Räumungsversuch im Juli 1991, zeitgleich mit den Angriffen auf den Florapark in Hamburg und den Tomkins Square Park in New York. People's Park wurde teilweise erobert mittels einem Hagel von Holz-, Plastik- und Gummigeschossen, Tränengas und dem Einsatz von Hunderten von Sondereinsatzpolizisten aus ganz Kalifornien. Auf vielfältige (militante) Weisen wurde gegen die folgenden Bauarbeiten angekämpft.

Im folgenden Jahr setzten die Behörden die Errichtung von Volleyballplätzen auf dem teilbesetzten Park durch. Gegen die AktivistInnen und AnrainerInnen setzte die Polizei immer aggressivere körperliche und psychische Druckmittel ein. Tag und Nacht wurden sie belästigt mit Verhaftungen, willkürlichen Anklagen und Prozessen und Mißhandlungen. Trotzdem gaben sie den Kampf um ihren Park nicht auf.

Rosebud deNovo war eine von den AktivistInnen. Als Jugendliche entkam sie der



sionen, oft verhaftet und überwacht. Während der Kämpfe im Juli 1991 wurde sie für zwei Monate inhaftiert unter der konstruierten Anklage eine Molotovcocktail-Fabrik zu unterhalten.

Die Anordnungen für die Polizeirepressionen und die Parkumstrukturierung gab der Rektor der Universität, Tien. So auch

er im Park wurde von der Polizei zerschlagen. Die US-Medien versuchten jeden politischen Hintergrund zu vertuschen und stellte sie ins kriminelle Eck (und versuchten so die Ermordung zu rechtfertigen). Im Time Magazine wurde über sie zusammen mit faschistischen und Neonazi-Gruppen berichtet (in einem Artikel über Links- und Rechtsextremismus).

Rosebuds Ermordung fällt in die Zeit der sich herauskristallisierenden Neue Weltordnung (nicht nur in den USA) und der sich verschärfenden staatlichen Repression gegen Arme, Farbige und Schwarze und anti-staatlichen AktivistInnen. Die Kräfte der Neuen Weltordnung sind stark, aber sie werden aktiv bekämpft in Orten wie dem People's Park und von Personen wie Rosebud DeNovo (1973-1992).

Foto: Weil es in Berkeley keine öffentlichen WC's gibt — Obdachlose müssen zum Pinkeln und Scheißen in Restaurants und ähnliches gehen —, findet jedes Jahr in einem öffentlichen Park eine Häusl-Aufstell-Aktion statt. Auch Rosebud beteiligte sich an diesen Aktion, hier sozusagen beim Graben eines Loches.

Wir protestieren gegen die US-Autoritäten, die als Verleumder die weltweite Propaganda über Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in den USA unterstützen und die Repression und Ignoranz stützen und betreiben.

Letzte Woche ist eine gute Aktivistin ermordet worden. Sie lebte, um den zum Schweigen Verurteilten eine Stimme zu geben. Laut, die ihre. Sie war selbst obdachlos. Sie arbeitet für das Überleben des People's Park in Berkeley, Kalifornien, der eine lange Geschichte hat als alternativer Treffpunkt für die, die das System ausschließt, arme Menschen, die sich organisieren wollen, um ihre eigene Würde zu bewahren.

Die Autoritäten der Universität waren und sind mitverantwortlich für die Räumung des für die Entwicklung einer Kultur und Bewegung der Unterdrückten, die nur gut sein kann für die Übung einer wahren pluralistischen Gesellschaft, einer so-

genannten Demokratie, so wichtigen Platzes.

Sie hat sich mit einer Machete (Symbol der von Zivilisation und Wohlstand unterdrückten und ausgebeuteten Menschen) in das Haus des Rektors eingeschlichen. Sie ist erschossen worden.

Die von der Propaganda über Terroristen und Kriminelle hirngewaschene Polizei hat sie ermordet. Vier Schüsse, bis sie tot war.

Wir trauern um diese Welt. Die, die Rosebud kennen, und auch wir, die sie nicht gekannt haben, weil wir in ihr die Stärke, die Phantasie und die Resolution sehen, die den meisten Menschen im Kampf gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ignoranz fehlt. Die Stärke, die selbst die nichtfaschistischen Konservativen in dem Faschismus gestern nicht gehabt haben — bereuen.

20.9.1992

Wels/Oberösterreich

Anschlag auf "Spielplatz" des Bundesheeres

(TATblatt Wien/radikal)

Am 24. März 1992 war absolute Flaute in unserem Briefkasten. Nicht einmal vor unserem Standard-Abo hatten freche Postdiebe halt gemacht (und weils ein Montag war, haben sie die Samstag-Ausgabe auch gleich mitgenommen). Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche hatten unbekannte TäterInnen unseren Briefkasten ausgeräumt, während wir unsere Zeit noch friedlich schlummernd in unseren Betten oder an unseren Lohnarbeitsplätzen verplempert hatten.

Während uns der Erst-Dieb am 18. März noch ganz offensichtlich vor Freikarten zum Besuch der Security-Messe im Konferenzzentrum hatte schützen wollen, blieb uns der höhere Sinn und Zweck des Postraubes vom 23. März völlig verborgen. Erheiterung stellte sich zwar ein, als am 23. April ein Haufen Post mit Stempel vom 23.3. im Briefkasterl vorgefunden werden konnte (An den oder die RückstellerIn: Um nicht aufzufallen hättet ihr die Post erst am nächsten Tag bringen dürfen!), Er- oder Sietleuchtung stellte sich aber bei uns keine ein.

Erste böse Verdächtigungen tauchten auf, als uns ein Flugblatt der "radikal"-MacherInnen in die Hände fiel. Sie entschuldigten sich vielmals, daß sie gerade nicht erscheinen konnten und veröffentlichten eine Liste von Erklärungen und Texten, die sich bei ihnen so angesammelt hatte und eigentlich zur Veröffentlichung vorgesehen waren. Mensch sollte doch 'mal im nächsten Infoladen danach fragen.....

Und tatsächlich war da doch etwas von einem frühlingshaften Anschlag auf eine Einrichtung des österreichischen Bundesheeres in der Nähe von Wels zu lesen. Hmpf?, dachten wir uns, davon wissen wir aber rein gar nix!

O.K., also weder in der Einheits- noch in der Lokalpresse fanden wir irgendwelche Hinweise auf antimilitaristische AnschlägerInnen, also wandten wir uns ans "radikal". Und — wie im schlechten Krimi — die Erklärung zur Aktion hätte uns (sofern sie uns überhaupt geschickt wurde), gerade am 24. März in den Briefkasten trudeln sollen. Bleiben als mögliche Posträuber all jene, die von der Aktion gewußt haben:

- Die anschlagenden AntimilitaristInnen selbst (hmm,hmm), die bekanntlich ihre Erklärungen nur schreiben, auf daß sie dann nicht veröffentlicht werden.
- Irgendwer vom Bundesheer (Heeresabwehramt hätte sich nicht so schön gereimt).
- Die Polizei-i-ei-i-ei-i-ei.....

Und warum sollte irgendwer gerade diese Erklärung haben wollen?

Ganz einfach. Nicht einmal drei Monate zuvor hat sich das Bundesheer in Osttirol einen Haufen Waffen abnehmen lassen. Österreichweit wurde über das Bundesheer

diskutiert. Irgendein Uni-Prof. erklärte sogar, daß dem Bundesheer keine gewerberechtliche Genehmigung zur Lagerung von Waffen ausgestellt werden dürfte. Es wäre nämlich nach der Osttiroler Waffenverschickungsaktion (das Waffenlager war unbewacht gewesen) als nicht vertrauenswürdig einzustufen!

Das minimale Ansehen, daß die Militaristen in Österreich haben, wäre wohl vollends weg gewesen. Und Österreich hätte wohl Wolfgang Ambros' Lebensweisheiten zitierend über das Bundesheer gelacht....

Uns fehlt die Ortskenntnis, um mit der Angabe "in der Nähe von Wels" etwas anfangen zu können. Und da halt mal nix in der Zeitung gestanden ist, haben wir noch ein paar Fragen an die RAAF:

- Habt Ihr auch an uns eine Erklärung geschickt?
- Und an welche anderen österreichischen Zeitung habt Ihr die Erklärung geschickt. Es erscheint uns nämlich durchaus interessant zu erfahren, ob die Nachrichten-Verhinderung durch massenhaftes Postabfangen — auch bei bürgerlichen Zeitungen — oder über informelle Absprachen zwischen Polizei und bestimmten RedakteurInnen organisiert wurde.
- Und zuletzt wären uns genauere Angaben über den Ort des Geschehens nicht ganz Unrecht, da wir die ganze Sache dann nachrecherchieren könnten.

Und auch die "radikal"inskis haben noch ein paar Fragen an Euch:

An die Radikal Agierenden AntiFaschisten (RAAF)

Euer Beitrag zum "Spielplatz" des Bundesheeres hat uns erreicht. Ihr gebt darin an, wie ihr eure Aktion technisch durchgeführt habt, was wir sehr begrüßen!!!

Wir, die RAAF (Radikal Agierende AntiFaschistInnen) haben am Abend des 21. März 1992 einen kleinen Teil eines unterirdischen Bunkersystems gesprengt bzw. abgefackelt. Der Brand dauerte ca. zwei Tage an und zerstörte den gesamten Abschnitt, den wir für unsere Aktion ausgewählt hatten. Für die Sprengung verwendeten wir ca. ein halbes Kilo Schwarzpulver, welches bei langsamen Erhitzen einen sehr hohen Druck bildet (vorausgesetzt der Behälter hält stand!).

(Hier wurde die Erklärung um eine zu ungenaue

Anleitung gekürzt; siehe nebenstehenden Artikel — Anm. Tb.)

Stellungnahme zur Aktion: Wir haben uns zu dieser Aktion entschlossen, da uns das Bundesheer und seine sehr fragliche Ausbildung nicht zusagen. Angefangen von einer schon fast menschenunwürdigen Behandlung bei der sogenannten "Stellung" bis zum gesamten Aufbau dieser Organisation ist alles daran ein Dorn in unserem (gemeinsamen) Auge. Das nicht minder vertretene rechte Gedankengut und der Widerspruch gegen die Grundrechte aller Men-

Damit wir diese Tips weitergeben können, bitten wir euch, eure Angaben noch einmal zu präzisieren. Am besten fänden wir es, ihr würdet eine genaue Skizze von eurem "revolutionären Keimling" anfertigen und diese Skizze durch Größen- und

Maßangaben ergänzen. Womit habt ihr den "Keimling" erhitzt? Gaskocher?

Was bedeutet: "langsam erhitzen" und wie geht das? Welche Temperatur?

Welche Sicherheitsvorkehrungen müssen im Umgang mit dem Ganzen getroffen werden? Was ist das genaue Ergebnis? Sprengung oder Brand?

Wie stellt frau Schwarzpulver her oder wie kommt sie da ran?

Bitte meldet euch nochmal und beschreibt alles ganz genau, so daß auch technisch nicht so versierte Leute eure Anleitung nachbauen können und damit klarkommen.

Solidarische Grüße und weiterhin viel Erfolg!!!!

radikal

Hey, und noch etwas (das sind jetzt wieder wir vom TATblatt): An sichereren Postverbindungen wird gerade gearbeitet. Zur Zeit erscheint es uns daher für bestimmte Poststücke sicherer, eine doppelte Aussendung vorzunehmen.

- Einmal direkt an uns,
- und einmal an eine mit Phantasie und Fachkenntnis ausgewählte Adresse, die die Post mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit an uns weiterleitet. Vielleicht einE WiederverkäuferIn, oder einE AnonymeR BekannteR, der nach einem Bürobesuch vielleicht unabsichtlich ein cleanes Briefertl liegenläßt?????? Vielleicht eine befreundete Initiative oder Zeitschrift?

Welche ihrem Poststück den Umweg über eine phantasievoll ausgewählte Zwischenstation zumuten wollen, sollen doch nicht vergessen, das Ganze in ein zweites Kuvert zu stecken und mit "bitte um schnellste Weiterleitung an das TATblatt" zu beschriften

Wir sind schon ganz gespannt, was ihr euch einfallen läßt.....!"

schen dürfen nicht geduldet werden. Ein Staat, der zur heutigen Zeit die Menschenrechtskonvention nicht vollständig anerkennt (nicht einmal auf dem Papier), muß mit anderen Mitteln zum Umdenken bewegt werden.

Zerstört den Apparat der Kriegsmaschinerie!

Zersetzt das Bundesheer! (Auch von "innen" sind linksradikale Handlungen möglich. Denkt bei eurem "Zwangsurlaub" daran!) Vereinte Kräfte gegen Rechts!

Liebe, Kraft und eine "Bombenstimmung" bei euren Aktionen wünschen wir allen GenossInnen in der Welt!

TERMINE

WIEN

TU:

Filmreihe

500 Jahre Kolonialismus

500 Jahre Soziales Elend sind Genug!
jeden Freitag 20 Uhr, Eintritt: Freiwillige Spende
im Porphaus der TU Treitlsstraße 3, 1040 Wien

Voraussichtlich am 2. Oktober
14 Uhr vor Mc Donald's-Schottentor
17 Uhr vor Mc Donald's-Kärtner Straße

DSCHUNGELBURGER

BRD 1985, 60 min

»Weltweit werden täglich über 25 Millionen Menschen mit Rindfleischhamburgern bewirtet. Die "Hamburger"-Konzerne expandieren weltweit und zwingen Kulturen in den Rhythmus der industrialisierten EKulturen. Die Menschen der "Armen Welt" sind zweimal Opfer - als Kunden, aber auch als Zulieferer der Rohstoffe mit langfristigen Schäden an Natur und Umwelt.« (aus dem Flugblatt zur Filmreihe)

Freitag, 2. Okt. 20 Uhr:

BITTERER ZUCKER

BRD 1983, 43 min

»Mitte der 70er Jahre galt Brasilien als das Wirtschaftswunder der "Dritten Welt". Industrialisierung und Wachstum waren gigantisch, aber sie mußten bezahlt werden - in Dollar. Um den ständig steigenden Dollarbedarf zu decken, wurden immer mehr Agrarzeugnisse ausgeführt, immer größere Flächen den Export-Kulturen geopfert, Millionen von Kleinbauern vertrieben.«

UND DIE ERDE WIRD WEINEN - UMWELTPOLITIK IN DER "DRITTEN WELT"

BRD 1986, 44 min

»Der Fernsehbericht wirft ein Schlaglicht auf den Konflikt zwischen wirtschaftlich-sozialen Zwängen in der "Dritten Welt" und den Erfordernissen des Umweltschutzes. Die hohe Staatsverschuldung, der Bevölkerungsdruck, der Rohstoffhunger der Industrieländer, haben zum Beispiel in Brasilien einen Raubbau an der Natur heraufbeschoren, dessen langfristige Folgen auch Europa zu spüren bekommt. Die exzessiven Rodungen im Amazonasgebiet etwa werden weltweite Klimaveränderungen nach sich ziehen.«

Freitag, 9. Okt. 20 Uhr

DER UNSICHTBARE AUFSTAND

Spielfilm

»Stadtguerilla in einem zentral-amerikanischen Land entführt mehrere US-amerikanische Politiker. Die Intrigen der US-amerikanischen Regierung werden aufgedeckt.«

Wiener Rathaus

(Volkshalle):

bis 18.10.: Ausstellung: "Mexico - Stadt der Frauen" tägl. 10-18 Uhr
Weitere Veranstaltungen zu

500 Jahre Widerstand der indianischen, schwarzen und Volksorganisationen:

10.10.: Anm. 0222/5333755-0

Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftg 8
ÖIE-Weltwerkstatt: "So eine Wirtschaft"

10.10.:

19.30 Uhr, Messepalast, Wien: Lateinamerikanisches Festival

11.10.:

11 Uhr, 1020 Wien, Mexikoplatz
Fiesta "Stein für Stein für eine neue Welt"

11.10.:

19.30 Uhr, Hotel Bohemia, 1150 Wien, Turnerg. 9
Theater: "Der geraubte Tanz", Philippinen

12.10. (Der Scheißjahrestag eben):

DEMO: 500 Jahre sind genug!
Treffpunkt: Votivpark und nicht Rathausplatz (wegen Circus) alle hinkommen!!!

NICARAGUA BRIGADEN:

Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftg. 8

Di., 29.9., 19.30 Uhr: Die Sommerbrigade 92 berichtet uns von ihrer Informationsarbeit in Codega und Nicaragua. Die 16 TeilnehmerInnen haben in ihrer Brigade einen besonderen Schwerpunkt gelegt: gemeinsam mit Ermen Rodriguez wurde ein reichhaltiges Programm erstellt, das einen guten Einblick in die derzeitige politische und wirtschaftliche Entwicklung bietet. In vielen Diskussionen haben sie eine Fülle von Informationen gesammelt und aufgearbeitet.

EKH

(Ernst Kirschweger Haus):
(BLEIBT UNSER-SONST KRACHTS!!)

1100 Wien, Wielandg. 2-4

Jeden Donnerstag ab 20 Uhr: Rechtshilfedisco (da gibts neben tollen T-Shirts auch tolle Aufnäher)

Jeden Freitag ab 16 Uhr: Antifacafe (quatschen was mensch gegen Faschos so machen soll/muß/kann und natürlich Kaffee trinken)

Jeden Samstag und Sonntag ab 16 Uhr: Info Cafe und Volkküche (= billiges Essen, ohne Fleisch)

CHUZPE:

1090 Wien, Marktgasse 21-23

Jeden Montag ab 19 Uhr: Volkküche

Jeden Dienstag: Veranstaltung: "Die Psychiatrie den PsychaterInnen-allein!"

KURDISCHE

INFOWOCHE:

VHS Favoriten, 1100 Wien, Art. herpl. 18

Dienstag 29.9., 18-22 Uhr
Geschichte:

Die Geschichte der KurdInnen bis zum 20. Jahrhundert. Die Kurden zwischen den Verträgen von Sevres und Lausanne. Irak, Iran, Türkei, Syrien - Kurdistan

Mittwoch 30.9., 18-22 Uhr

Kultur:
Religion der KurdInnen, Sitten und Gebräuche, Kunst, Literatur, Sprache.

Donnerstag 1.10., 18-22 Uhr

Menschenrechte:
Folter in Kurdistan, Deportation, Anti-Terror-Gesetzgebung, Organisationsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit, Persönliche Freiheit, Kollektive Rechte und die Verfassung der Türkei

Freitag 2.10., 18-22 Uhr
Problematik Kurdistans-Lösungsperspektiven:

Selbstbestimmungsrecht, Autonomie und Selbstverwaltung, Zusammenleben und Lostrennung, Volksgruppenrechte, Individuelle und kollektive Rechte der Völker. UNO, EG, KSZE - Selbstbestimmungsrecht

Samstag 3.10., 18-22 Uhr
Die Befreiungsbewegung in Kurdistan - ihre Perspektiven:

Die Schutzzone der alliierten Kräfte, Autonomiebestrebungen und ihre Probleme, Kräfteverhältnisse im Nahen Osten, Perspektiven der kurdischen Organisationen, Rolle der Türkei in der Region, Möglichkeiten - die uns offen stehen.

Sonntag 4.10., 12-18 Uhr
Kurhalle Oberlaa, Kurbadstraße (Endstation der Linie 67)

Abschluß:

FESTveranstaltung der Feykom (Verband der kurdischen Vereine in Österreich). Im Rahmen dieses festlichen Kulturrahmens wird auch die Eröffnung der Feykom gefeiert.

Mit folgen Musikgruppen: Muzur, Sirvan, Koma Sores und mit folgenden SängerInnen: Firat Baskale, Zozan, Seyidخان

DEMOS:

Jeden Freitag ab 16 Uhr Radfahren am Freitag
Treffpunkt: Rathausplatz

1.10., 15 Uhr: Demo vor dem Parlament
Für ein Verbot der Tierquälerischen Intensiv-Tierhaltung in Österreich!

12.10., 16 Uhr: 500 Jahre Kolonialismus sind genug!
Treffpunkt: Votivpark
Route: Bailhausplatz - Stephansplatz - Schwedenplatz - Wirtschaftsministerium (Schlußkundgebung)

ARENA:

1030 Wien, Baumgasse 80

3.10. Rechtshilfe Soli

es spielen auf:

Senseless Surms, Nar Malik, Pirates, Scrooge und Karg

HOSI-ZENTRUM:

1020 Wien, Novarag. 40, Tel:

0222/266604

Tel. Beratung: Di, Do und Fr

Do, 1.10.

Jugendgruppe,

20 Uhr, Coming-Out Runde: "Schwule Zweisamkeit"

Fr, 2.10.

Vortrag von Martina,

18 Uhr, anlässlich des 10 Todestages von Anna Freud

20 Uhr, Frauentanzabend

Sa, 3.10.

19 Uhr, Beginn des Frauentanzkurzes

21 Uhr, Frauentanzabend

Mi, 7.10.

Lesbengruppe
19 Uhr, Arbeitskreis: "Lesbenbilder"

Fr, 9.10.

21 Uhr, Frauentanzabend

FLEX:

1120 Wien, Arndstr. 51

30.09.: Occidental Blue Harmony

07.10.: 3 Gordons

14.10.: Pirates

BACH:

1160 Wien, Bachg. 21

Sa. 5.10.: The Lust-O-Rama (Nor)

Mi. 7.10.: Roy Nathanson/Anton

Coleman (USA)

Sa. 10.10.: A Serious Soul Night

WELS:

Alter Schlachthof

Dragonerstr. 22

Di. 6.10.: Cannibal Corps

INNSBRUCK:

UNSER Haus

am Haven

Innrain 157

(Haven bleibt !!)

8.10., 22 Uhr: MAZ BANNIK (Wien)

10.10., 22 Uhr: NEUROSIS (USA)

RADIO

PiratInnenradio-

Programm

Wien

alle 103,3 MHz

Sonntag:

13.00:

Radio Kapikule

14.00:

Sonntagssendung

17.00:

"Stadtplan Wochenmagazin"

tägl. Redaktion "Stadtplan"

18.00:

So: "Stadtplan Wochenmagazin"

Mo: Radio COD

Di: Radio Briefrei

Mi: Redaktion Boiler

Do: Radio Hotzenplotz

Fr: Radio TU

Sa: Radio Sisters in Voice

19.00:

So: "Fresh" das wöchentliche Neuerscheinungsmagazin

Mo: Radio Bassena

Di: Radio Stinky

Mi: Redaktion Filzlaus

Do: Radio Insane

Fr: Redaktion Sukkubus

Sa: Radio Rubber

20.00:

Mo: Radio Bazerik

Di: Radio Audimax

Mi: Radio R.A.M.S.

Do: Redaktion Urban-Ail/Radio Wunderland

Fr: Radio Durutti

Sa: Radio Blue Night

21.00:

Mo: Radio Archeopterix

Di: Radio BOKU

Do: Redaktion Fulani

Fr: Radio Misanthrop

Oberösterreich:

Linz: 103,3 MHz

Fr: 20.00: Radio ORF

Steyr: 103,5 MHz

Do: 19.00: Radio Scharkschtrum

Gmunden: 103,3 MHz

So: 20.00: Radio Under Stone

Wels: 106,5 MHz

Do: 20.45: Radio Wurschtinsel

Tirol:

Innsbruck: 100,0 MHz

Fr: 18.00: Radiator (3 Stationen)

Vorarlberg:

alle 106,0 MHz

So: 12.00: Radio Free Gsiberg, Dornbirn

Radio Lästig, Feldkirch

Radio FON, Bregenz

Radio Katzazua, Bludenz

Radio Mikrowelle, Bludenz

Steiermark:

Graz: 99,9 MHz

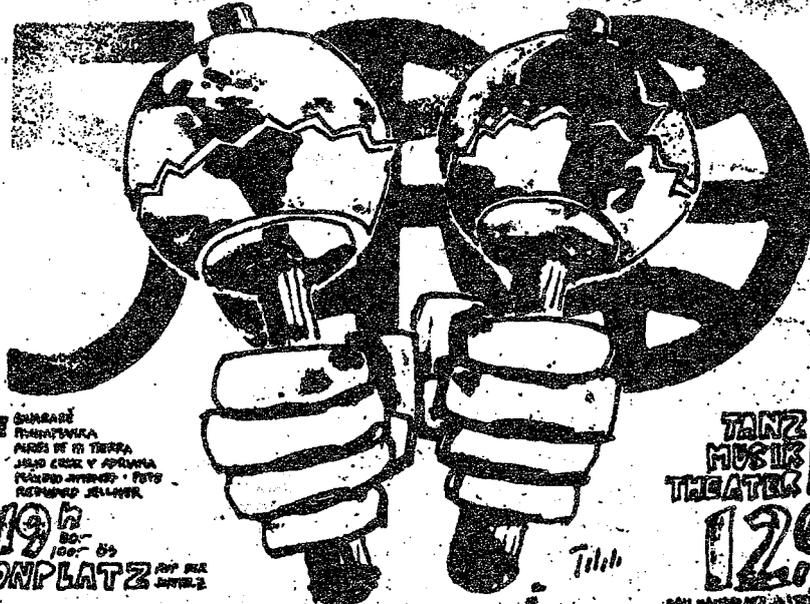
Do: 19.00: Radio ZARG

TATblatt

500

JAHRE

WIDERSTAND
VERLEIBLICHEN
SCHWÄCHEN
UND VOLKSORGANISATIONEN



FEST
GRABARE
FRANZISKA
PARIS DE LA TERRE
JESUS CRISTO Y APOCALIPSA
POLICIA JUBILEO - FOTO
REINER JELLY

9 OKT. 1982
1007 09
AKRONPLATZ

**TANZ
MUSIC
THEATER**

12 OKT. 16
120 VOTUPARKST
BILHASTPLATZ / VOTUPARKST / GUMPENDORFERSTRASSE

**WIRTSCHAFTS
MINISTERIUM 16**

Betrifft TATblatt:

Im letzten Eckerl der Zeitung noch ein paar Worte zur Produktion dieser und der letzten Nummer. Die schon das letzte Mal beschriebenen technischen Neuanschaffungen haben sich zum Großteil schon ganz gut bewährt. Bei den Fotos hatten und haben wir noch erkennbare Schwierigkeiten. Da müssen wir noch ein bißchen herumspringen. Wir hoffen aber, daß sich im Gegensatz zur letzten Nummer auf dem Einen oder anderen Bild schon etwas erkennen läßt. Zum ersten Mal ist dieses TATblatt automatisch gefalzt und geheftet. (Falls es nicht geheftet ist, hat offenbar irgendetwas nicht hingehaut.) Ansonsten hatten wir diesmal nur die üblichen Schwierigkeiten. Mehr Leute, die mitarbeiten würden, und ein paar davon, die sich auch an Termine halten könnten, wären halt ein schöner alter Traum von uns. Fehlen tut freilich auch in dieser Ausgabe wieder etliches, zB ein Artikel über die Beschlagnahme der TATblatt minus 26a-Nummer im heurigen Sommer. Wieso wir gerade diesen Artikel nicht zusammengebracht haben, wissen wir uns auch nicht zu erklären. Er wird aber sicher noch nachgeholt.

Bis zum nächsten TATblatt viel Liebe und Kraft

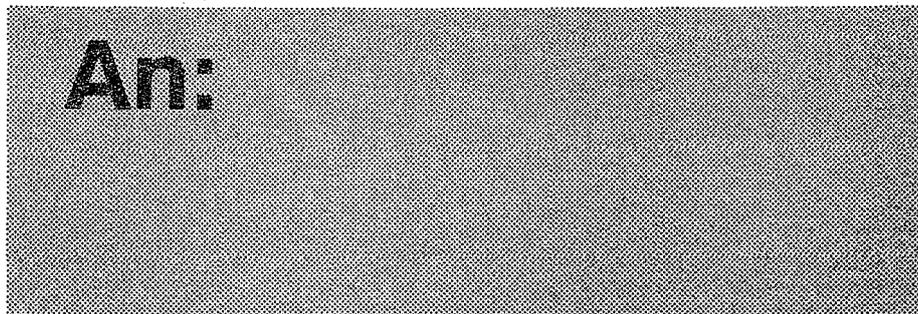
Einer vom TATblatt-Kollektiv

Das TATblatt

Ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwertetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen. Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden

festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig). Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ...eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten. Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns

schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein. Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten. TATblatt-Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro: Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck
Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.